: antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 30.4.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

AfD: Abgrenzungen und Ausgrenzungen

In Würzburg haben sich am Pfingstsamstag Vertreter aus 13 AfD-Landesverbänden getroffen. Mit großer Mehrheit wurde u.a. beschlossen, daß sowohl Bernd Lucke als auch Frauke Petry dem neu zu wählenden Bundesvorstand nicht mehr angehören sollen. Unterstützt wird diese Forderung vom Vorstand der „Patriotischen Plattform" in der AfD. „Wenn zwei Führungspersonen öffentlich eine erbitterte Auseinandersetzung führen und es dabei, wie von Frauke Petry mehrfach bekundet, nicht einmal um inhaltliche Differenzen, sondern um rein persönliche Befindlichkeiten und Machtfragen geht, dann zeigen diese Personen, daß sie ihrer Führungsaufgabe nicht gerecht werden", heißt es in einer Erklärung der „Patriotischen Plattform". Zuvor hatte die „Plattform" bereits die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der „Patriotischen Plattform" mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Verein „Weckruf 2015″ erklärt. Den Initiatoren des „Weckruf 2015" gehe es nicht um einen „grundsätzlichen Wandel der Politik hin zu einem modernen Patriotismus und einem neuen deutschen Selbstbewusstsein", sondern darum, sich möglichst widerstandslos in „die herrschende Parteienoligarchie einzufügen", heißt es in der Erklärung des Vorstands der „Patriotischen Plattform". Explizit gegen Frauke Petry richtet sich hingegen ein „Offener Brief" des AfD-Förderers und Brigadegenerals a.D. Dieter Farwick, der auf der Internetseite von KOLIBRI (Konservative und Liberale in der AfD) veröffentlicht wurde. Es gehe nicht um Frauke Petry oder Bernd Lucke, so Farwick, sondern „um die Zukunft unseres gemeinsamen Abendlandes". Sollten sie mit „Ihrem Putschversuch" scheitern, so Farwick an Petry, hätten „Sie Ihre politische Zukunft hinter sich". Petry stelle ihren persönlichen Ehrgeiz über die Sache, „die Zukunft unseres Vaterlandes", so Farwick. Unterdessen hat mit Jens Krumpe der dritte Landtagsabgeordnete der AfD in Thüringen die Landtagsfraktion verlassen. In Hessen hat die AfD nach mehreren Wochen wieder einen Landesvorstand. Den drei gleichberechtigten Sprechern gehört auch Peter Münch an. Dieser war erst im März als Landesvorstandsmitglied seines Amtes enthoben worden. Ihm wurde vorgeworfen, beim

Die Anschläge der 1990er Jahre in Köln verdrängt, vergessen, abgehakt?

Von NSU Watch NRW



Seit Januar 2015 tagt in Düsseldorf der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU). Als Zielvorgabe hat sich der PUA u.a. die Untersuchung „weiterer, in Nordrhein-Westfalen begangener Straftaten mit einem mutmaßlich politisch rechts motivierten Hintergrund…" gesetzt. Während der noch ungeklärte Bombenanschlag am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn vom 27. Juli 2000 im Untersuchungsausschuss behandelt werden wird, scheint bisher noch unklar, ob drei Anschläge, die Anfang der 1990er Jahre in Köln begangen wurden, Thema der Arbeit des PUA im Düsseldorfer Landtag sein werden. Eine genauere Betrachtung der fast völlig in Vergessenheit geratenen Anschläge zeigt aber, wie wichtig es wäre, diese im PUA nicht nur zu thematisieren, sondern sie auch zum Gegenstand konkreter Auseinandersetzung und Aufklärung zu machen. Denn alle drei weisen deutliche Parallelen zu Anschlägen des NSU auf. Ein Rückblick in die 1990er Jahre:

Drei Bombenanschläge in Köln Ehrenfeld

Am 21. Dezember 1992 findet der 22jährige Kazim C. vor der Wohnungstür der Familie in der Ehrenfelder Platenstraße ein Paket, eingepackt wie ein Weihnachtsgeschenk. Es ist an seinen Schwager Ali C. adressiert. In dem Päckchen befindet sich eine Karte, auf der „Viel Gülück" gewünscht wird.

In der Wohnung schüttelt Fatma C. das Paket, weil es ihr merkwürdig vorkommt. Schließlich öffnen sie und ihr Schwager es doch. Beide werden direkt durch eine Explosion und eine Stichflamme verletzt. Mit Verbrennungen kommen sie ins Krankenhaus. Die Familie hatte jedoch Glück im Unglück. Der im Paket befindliche Sprengsatz bestand aus 5 Litern Benzin. Beim Öffnen explodierte glücklicherweise lediglich der Zünder. Dieser Abreißzünder hatte sich wohl vom Rest des Sprengsatzes gelöst, vermutlich als Fatma C. zuvor das Paket geschüttelt hatte. Die Explosion der Benzin-Bombe wurde so verhindert. Polizeisprecher Anton Seit erklärte damals: „Wenn der eigentliche Brandsatz hochgegangen wäre,

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt:

Eintritt in die AfD seine frühere „Republikaner“-Mitgliedschaft nicht angegeben zu haben. Auf dem Bundeskongress der „Jungen Alternative“ (JA) der AfD Ende Mai im hessischen Karben wurden Markus Frohnmaier und Sven Tritschler (Köln) zu neuen Vorsitzenden gewählt. Letzterer war früher Bundesvorsitzender des rechts-liberalen „Stresemann-Club“ in der FDP

hma ■

Internet-Tageszeitung in Planung

DÜSSELDORF. Das rechtsliberale Monatsmagazin „eigentümlich frei“ will bis Ende dieses Jahres eine „vollumfängliche“ Internet-Tageszeitung aufgebaut haben. Dies erklärte Herausgeber und Chefredakteur Andre Lichtschlag im Editorial der Juni-Ausgabe von „eigentümlich frei“

hma ■

Strampeln gegen den Abstieg

NRW. Die durch zahlreiche Parteiaustritte geschwächte „Bürgerbewegung PRO NRW“ hat für Juni und Juli „rund ein Dutzend Mitgliederversammlungen“ in NRW angekündigt. In Köln und Düsseldorf wolle man „in Kürze“ neue Kreisverbände gründen, so „PRO NRW“-Generalsekretär Tony-Xaver Fiedler. Mitgliederversammlungen solle es auch in Oberhausen, Bottrop, Aachen, Bonn, Hagen, Mülheim an der Ruhr, Märkischer Kreis und in Siegen geben. Ob es „PRO NRW“ dabei gelingen wird, (wieder) „handlungs- und kampagnenfähige Strukturen“ für den nächsten Landtagswahlkampf zu schaffen, steht wohl derzeit noch in den Sternen

hma ■

Keine Zukunft für Nazis – „NOTDDZ2015“ ruft zu Blockaden auf

Am 06.06.2015 wollen Neonazis den „Tag der deutschen Zukunft“ (TDDZ) in Neuruppin begehen. In Hinblick auf die letzten TDDZs ist eine Anzahl von bis zu 500 Neonazis zu erwarten. Einem Aufmarsch mit derartigen Größe müssen sich Antifaschist*innen entschlossen in den Weg stellen. Daher ruft das Bündnis „NOTDDZ2015“ neben den bürgerlichen Protesten des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“ dazu auf den Aufmarsch zu blockieren. Damit soll verhindert werden, dass die rassistische Hetze auf die Straßen und in die Stadt Neuruppin getragen werden kann.

Die „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ mobilisieren mit etlichen Flyer- und Transpiaktionen und kleineren Demonstrationen seit dem letzten TDDZ 2014 in Dresden für den Aufmarsch in Neuruppin. Das Bündnis „NOTDDZ2015“ rechnet mit vielen militanten und gewaltbereiten Neonazis. Insbesondere in Neuruppin und Umgebung sind gewaltbereite Neonazis aktiv, die nicht vor Übergriffen oder Hausangriffen zurückschrecken. Am 01. Mai dieses Jahres griffen militanten Neonazis in Saalfeld (Thüringen) eine Gegenkundgebung und eine Hausprojekt aus der Demonstration heraus an. Auch die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland hatten sich an diesem Aufmarsch beteiligt. In der Vergangenheit sind Neonazis nach erfolgreichen antifaschistischen Blockaden oft auf andere Städte in der Umgebung ausgewichen und haben dort ohne großen Gegenprotest die Straßen für ihre menschenverachtende Propaganda genutzt, so auch in Neuruppin.

Blockaden sind das Mittel der Wahl, um den Neonazis keinen Fußbreit der Straße zu gewähren. „Es gibt kein Recht auf rechte Propaganda. Mittels erfolgreicher Blockaden können wir den Tag für uns entscheiden und den Nazis damit in die Suppe spucken. Wir sind entschlossen den sogenannten ‚Tag der deutschen Zukunft' erstmals zu verhindern. Mut machen uns die zahlreichen Antifaschist*innen aus dem ganzen Bundesgebiet die ihr Kommen angekündigt haben.“, so eine Sprecherin des Bündnisses. Die bundesweite Solidarität mit den Neuruppiner Antifaschist*innen wird ausschlaggebend für den Erfolg am 06.06.2015 sein.

„Daher rufen wir alle Antifaschist*innen auf uns am 6.6.2015 in Neuruppin zu unterstützen. Wir sind viele!“ so weiter eine Sprecherin vom Bündnis „NOTDDZ2015“.

Neben den antifaschistischen Blockaden wird es am Tag seitens des bürgerlichen Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“ ein Fest sowie eine Demonstration unter dem Motto „Vielfalt ist unsere Zukunft“ geben.

Quelle: Pressemitteilung http://neuruppin.no-tddz.org (Tag der deutschen Zukunft verhindern) 18.05.2015 ■

Oldschool Society – Verhaftungen auch in NRW

Bei einer bundesweiten Razzia gegen die rechtsextreme Gruppe „Oldschool Society“ (OSS) wurden Anfang Mai zwei Neonazis verhaftet, die aus NRW stammen. Der Bochumer Olaf O. gehörte dabei auch zu den Teilnehmern des Aufmarsches der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in Köln. Überdies war er einer der Ordner eines Neonazi-Aufmarsches in Kalk im Dezember 2011. Markus W.



aus Borna stammt aus Düren und hat sich über Jahre in der unterdessen verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) sowie dem NPD-Kreisverband Düren bewegt.

Nach Recherchen des MDR fand die Polizei bei W., dem als „Vizepräsident“ der OSS firmierenden 39-Jährigen, fertige Sprengsätze. Die Razzia durch Spezialeinheiten fand statt wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Dabei kam es insgesamt zu vier Festnahmen, darunter in Borna Markus W. und in Bochum Olaf O. (47). Letztgenannter fungierte offenbar als selbsternannter Pressesprecher der OSS. Beide und zwei weitere Personen, darunter die mutmaßliche Lebensgefährtin von W., Denise G. (22) aus Borna, sitzen nun in Untersuchungshaft.

Laut Bundesanwaltschaft sind die Beschuldigten dringend verdächtig, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Es wurden Mitte vergangener Woche die Wohnungen der Festgenommenen und weiterer fünf Beschuldigter sowie weitere Räumlichkeiten durchsucht. Neben Sachsen waren von den Maßnahmen Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern betroffen. An dem Einsatz waren insgesamt etwa 250 Beamte des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei sowie der Polizeibehörden der betroffenen Bundesländer beteiligt.

Der als einer der beiden Rädelsführer verhaftete Markus W. stammt aus Düren und hat sich vor seinem Umzug ins Leipziger Umland über Jahre sowohl in der NPD als auch in der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) engagiert. W. war beispielsweise im „Ordnerdienst“ des NPD-Kreisverbandes Düren aktiv und fungierte ab 2005 sporadisch auch als Ordner bei NPD-Infoständen oder braunen Aufmärschen wie jenen in Stolberg. W.s Eltern betrieben jahrelang eine Gaststätte in der Nähe des Dürener Bahnhofs, die als Treffpunkt für die NPD und die KAL diente. Dort fanden auch „Balladenabende“ und Versammlungen der Szene statt.

Quelle: Newsletter ibs, Juni 2015 Den gesamten Artikel von Michael Klarmann finden sie unter: http://www.mbr-koeln.de/2015/05/12/oldschool-society-verhaftungen-auch-in-nrw/#more-4136

Fortsetzung von Seite 1

hätte es Tote gegeben." (KR, 24.12.1992). Bei der anschließenden Untersuchung durch Sprengstoffexperten muss das Sechs-Familien-Haus geräumt werden. Die Polizei zieht neben einer Familienfehde auch ein ausländerfeindliches Motiv für den Anschlag in Betracht. Die Familie C. selbst geht sofort davon aus, dass es sich um einen ausländerfeindlichen Anschlag handeln müsse: „Auf diese Weise sind wir schon früher beschimpft worden. Und sonst haben wir absolut keine Feinde", erzählen die Familienmitglieder dem Kölner Stadtanzeiger. Gefahndet wird zunächst nach einem 25-30jährigen Mann, der vom Tatort weggelaufen sein soll. Die Fahndung führt zu keinem Ergebnis. Nur sechs Wochen nach der Tat wird die Ermittlungsakte geschlossen. Im Oktober 2014, beinahe zwölf Jahre später, sprechen Reporter des Kölner Express mit dem Familienvater Hakki C. Er erinnert sich auch an eine Aussage des vernehmenden Beamten im Kölner Polizeipräsidium: „Er sagte, da wären Leute unterwegs, die würden an den Haustüren Namen wie den meinen sammeln. Sie würden sie auf kleine Zettel schreiben und dann eine Tombola veranstalten." *(Express, 08.10.2014).*

Bilderstöckchen

Nur zwei Monate später, am 12. Februar 1993 findet der 52jährige Alfred. O. auf dem Bürgersteig im Kölner Stadtteil Bilderstöckchen eine Plastiktüte mit einem Winkelschleifer der Marke Bosch. Er nimmt das Gerät mit in seine Wohnung in der Geldernstraße, gelegen in einer Siedlung, in der größtenteils Migrant_innen leben. O. schließt das Gerät an eine Steckdose an, um eine Heizung zu reparieren. Dabei explodiert die Trennflex und zerreißt ihm den Oberschenkel. Der Trennschleifer war mit dem gewerblichen Sprengstoff TNT präpariert. Ein fremdenfeindlicher Anschlag wurde damals nicht in Erwägung gezogen.

Mauenheim

Schon einen Monat später und kaum mehr als einen Kilometer von der Geldernstraße entfernt, findet der 42jährige Ford-Arbeiter Recep S. am 13. März 1993 auf einem Parkplatz in der Etzelstraße in Köln-Mauenheim eine schwarze Ledertasche, in der sich ein Autostaubsauger befindet. Recep S. ist gerade dabei, sein Auto verkaufsfertig herzurichten, da er nach 16 Jahren in Deutschland wieder in die Türkei zurückkehren will. Als Recep S. den Staubsauger in seinem Wagen an den Zigarettenanzünder anschließt, explodiert das Gerät. Recep S. wird schwer verletzt. Er verliert ein Auge und hat massive Verletzungen am Oberkörper. Er liegt für sieben Wochen im Krankenhaus und ist seitdem arbeitsunfähig. In seinem Wohnort in der Nibelungen-Siedlung leben hauptsächlich türkische Menschen. Auf den zu der Siedlung gehörenden Parkplätzen ist viel Betrieb, es befinden sich einige Autowerkstätten auf dem Gelände. Cilek, ein Freund von Recep S. erzählt dem Express im Oktober 2014: Der Parkplatz, an dem der präparierte Autostaubsauger abgelegt worden war, „war lebendig wie ein Marktplatz, ein Kommen und Gehen, auch viele Kinder hielten sich dort auf." Eines Tages, so Cilek, sei diese schwarze Ledertasche da gewesen. Doch zunächst habe niemand etwas mit der Tasche und ihrem Inhalt anzufangen gewusst. Fünf Tage lang sei sie hin und her gewandert. Nur wenige Stunden, bevor Recep S. durch die Explosion der Staubsauger-Bombe verletzt wurde, hatte ein 13jähriger Junge die Tasche mit nach Hause genommen. Sein Vater forderte ihn aber auf, die Tasche wieder zum Parkplatz zurück zu bringen. In der Tasche befand sich der mit Filzstift aufgebrachte Schriftzug „Össal Güven". Der Vorname Össal existiert in dieser Schreibweise aber weder in der türkischen noch in der kurdischen Sprache und Güven kann Vor- oder Nachname sein.

Einige Tage später zitiert die Kölnische Rundschau aus einer Analyse des LKA: „Nach einer Analyse des LKA Düsseldorf handelt es sich bei dem Sprengstoff um TNT (Trinitrotuol), das nur im militärischen Bereich benutzt wird. Es könnte aus Beständen der Bundeswehr oder der NVA stammen". Der Sprengstoff habe in einem zur Bombe präparierten Handstaubsauger der Marke AEG gesteckt. Der Sprengzünder soll von der Marke „Dynamit Nobel" sein und werde wohl u.a. in Steinbrüchen eingesetzt. (KR, 18.03.1993)

Die Anschläge verursachen im Frühjahr 1993 erhebliche Unruhe in der Kölner Bevölkerung. „Schrott macht Kölnern Angst", titelt der Kölner Stadtanzeiger am 30. März 1993. 200 Geräte seien nach Hinweisen aus der Bevölkerung überprüft worden. Sogar eine Munitionskiste für Sprengzünder war dabei, die vor zwei türkischen Geschäften an der Jülicher Straße entdeckt worden war. Keines der Geräte und Behältnisse war jedoch mit Sprengstoff präpariert. Die Ermittler_innen von der Polizei sehen zwischen den beiden Taten in Bilderstöckchen und Mauenheim einen Zusammenhang, wurden sie doch in auffälliger räumlicher Nähe zueinander begangen, und auch der Sprengstoff war identisch. Und ebenso war die Vorgehensweise, Haushaltsgeräte zu präparieren, bei beiden Anschlägen von Februar und März 1993 gleich. Offenbar wird aber zu keiner Zeit ein rassistischer oder extrem rechter Hintergrund der beiden Taten in Betracht gezogen.

Vielmehr schlussfolgern die Beamt_innen der Ermittlungsbehörden, die mit der Aufklärung der beiden Anschläge in Bilderstöckchen und Mauenheim betraut sind, dass es sich in beiden Fällen wohl um einen psychisch gestörten Einzeltäter handele: „Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann […] ausgeschlossen werden, weil der Unbekannte die Sprengsätze offenbar völlig willkürlich ablegt", zitiert die Kölnische Rundschau am 17. März 1993 den Ermittler Uwe K. Bei dem Täter soll es sich um eine Person handeln, die Erfahrung im Umgang mit Sprengstoff hat. Nach Recherchen des Kölner Stadtanzeigers wurden deshalb von der Kripo „alte Bekannte" aus diesem „Verdächtigenkreis überprüft", allerdings ohne Ergebnis. „Der TNT-Sprengstoff, der benutzt worden war, werde heutzutage allerdings nur noch von Armeen, auch von der Bundeswehr eingesetzt. Deshalb werde auch „nicht zuletzt in diesem Bereich ermittelt". (KSTA, 30.03.1993)

Und auch diese Ermittlungsakte im Fall des mit Sprengstoff präparierten Handstaubsaugers wird nur wenige Monate nach dem Anschlag geschlossen.

Nur am Rande wird in den Kölner Medien erwähnt, dass insbesondere die Bewohner_innen der Etzelstraße in der sogenannten Nibelungen-Siedlung von einem fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags ausgehen. „Jeder weiß, daß hier fast ausschließlich Türken wohnen", zitiert die Kölnische Rundschau einen Anwohner. Ansonsten wird in den Kölner Printmedien unhinterfragt die Version der Ermittlungsbehörden übernommen, nach der es sich um einen psychisch gestörten Einzeltäter handele. „Kölner Kripo jagt einen irren Bombenleger", „Bei seinen Anschlägen geht der offenbar psychisch gestörte Täter nach einem teuflischen Plan vor", „Einen guten Schutzengel hatte ein 13jähriger Schüler, der knapp einem Anschlag des vermutlich psychisch gestörten Täters entging", „An jenem Samstag nachmittag hatte der offenbar geistesgestörte Bombenleger in Bilderstöckchen einen zweiten Anschlag verübt": So lauten die Schlagzeilen im Kölner Stadtanzeiger und in der Kölnischen Rundschau.

Diese Täter-Vermutung wird zunehmend fragwürdiger, wenn man sich in Erinnerung ruft, in welchem politischen Klima diese Anschläge stattfanden. Nach der Vereinigung 1989 kam es in den folgenden Jahren zu einem dramatischen Anstieg rassistischer und extrem rechter Anschläge, begleitet von einer medialen und politischen Kampagne gegen Asylbewerber_innen. Am 26. Mai 1993 änderte die Bundesregierung das Grundgesetz, das Recht auf Asyl wurde von da an wesentlich eingeschränkt. Bis dahin waren bereits Dutzende Menschen von rassistischen und neonazistischen Anschlägen betroffen, waren ermordet oder schwer verletzt worden. Rassistisch motivierte und aufgeladene Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen,

Anschläge in Hünxe, Mölln und Solingen waren an der Tagesordnung. Die drei Bombenanschläge von Köln reihten sich nahtlos in dieses politische Klima ein. 1993 veröffentlichte die Kölner Polizei eine Statistik über die begangenen fremdenfeindlichen Straftaten im Großraum Köln. 232 „nachweisbare Fälle" habe es demnach in den sechs Monaten von Januar bis Ende Juli 1993 gegeben (42 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres). 17 Körperverletzungen, 35 Sachbeschädigungen, 90 Bedrohungen und drei Brandanschläge werden in der Statistik aufgeführt.

Die Anschläge des NSU in Nürnberg und Köln

Jetzt, 22 Jahre später, gibt es genug gute Gründe für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in NRW, sich auch mit den Anschlägen der 1990er Jahre zu befassen. Denn zwei der vom NSU verübten Anschläge gleichen in der Vorgehensweise stark den unaufgeklärten Anschlägen in Köln. Einer traf eine iranischen Familie, die ein Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse in Köln führte. Ein anderer eine türkische Reinigungskraft in einem Lokal in Nürnberg. Dieser Sprengstoffanschlag gelangte jedoch erst vierzehn Jahre später überhaupt in den Fokus der Ermittlungen, als rechte oder rassistische Gewalt nach der Selbstenttarnung des NSU zum kaum zu ignorierenden Thema wurde – auch und gerade im Rückblick auf die vergangenen zwanzig Jahre. Der NSU-Prozess in München brachte hier Neues zu Tage:

Im Juni 2013 berichtet Carsten Sch., einer der Angeklagten im NSU-Verfahren, von einem Anschlag in Nürnberg, der bis dahin nicht mit dem NSU in Verbindung gebracht worden war. Erfahren hatte Carsten Sch. davon bei einem Treffen mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Dort sollen die beiden geäußert haben, sie hätten in Nürnberg „eine Taschenlampe in ein Geschäft gestellt". „Das hat nicht geklappt", sei ein weiterer Kommentar gewesen. Was war in Nürnberg passiert?

Am 23. Juni 1999 putzt Serkan Y. die Toilette in der Nürnberger Gaststätte „Sonnenschein". In einer Ecke fällt ihm eine Taschenlampe auf. Er hebt sie auf und schaltet die Lampe ein. Es gibt eine Explosion. Serkan Y. wird durch Splitter verletzt, hat Schnittwunden am Oberkörper, an den Armen und im Gesicht. Doch Serkan Y. sollte durch ein technisches Detail der zur Bombe umgebauten Taschenlampe vor Schlimmerem bewahrt bleiben. Denn im Inneren der Lampe hatte sich eine Rohrbombe befunden, deren Deckel bei der Explosion weggesprengt worden war. Allein dadurch war die Sprengkraft der Bombe stark gemindert. Nach Aussagen des zuständigen Sprengstoffexperten im NSU-Untersuchungsausschuss habe die Bombe ohne diesen Defekt potentiell tödlich sein können. „Schwerwiegende Verletzungen bis zur Todesfolge wären möglich gewesen." (Thüringer Allgemeine, 17.12.2014)

1999 waren die Ermittlungen zum Taschenlampen-Anschlag in der Nürnberger Gaststätte nach sechs Monaten durch die Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Sie hatte den Anschlag lediglich als „fahrlässige Körperverletzung" eingestuft. Und das, obwohl die in der Lampe befindliche Rohrbombe eingesägt worden war, um bei der Explosion zu zersplittern und so besonders schwere Verletzungen zu verursachen. Darüber hinaus hatten sich die Ermittlungen bis dahin auf das 18jährige Opfer Serkan Y. und dessen Umfeld konzentriert. Auch bei der Überprüfung von ungeklärten Fällen mit möglichen rassistischen oder extrem rechten Hintergründen durch BKA und Bundesanwaltschaft, die nach der Selbstenttarnung des NSU nach 2011 durchgeführt wurden, wurde der Anschlag nicht mit einbezogen, obwohl die Mordserie des NSU 2000 in Nürnberg, also in räumlich großer Nähe und nur etwas mehr als ein Jahr nach dem Anschlag mit der Taschenlampen-Bombe begann. Ohne die Aussagen von Carsten Sch. wäre dieser Anschlag nach wie vor ungeklärt. Ein rassistischer oder extrem rechter Hintergrund wäre nach wie vor ausgeschlossen geblieben.

Ein weiterer Bomben-Anschlag, der dem NSU zugeschrieben wird, ereignete sich in der Probsteigasse in der Innenstadt von Köln, wiederum nur wenige Monate nach dem ersten NSU-Mord: Hier hinterlässt ein jüngerer Mann in dem Lebensmittelgeschäft von Djavad M. zwischen dem 18. und 21. Dezember 2000 einen Korb mit einer weihnachtlichen Stollendose. Dem Ladenbesitzer sagt er, dass er sein Geld vergessen habe und gleich zurückkommen werde. Doch der vermeintliche Kunde erscheint nicht wieder, holt den Korb nicht ab. Die Familie M. bewahrt den Korb auf, er verbleibt im Ladenlokal, damit der vorgebliche Kunde ihn auch weiterhin abholen kann – bis die Tochter Masliya am 19. Januar 2001 neugierig wird. Die damals 19-Jährige nimmt die Dose mit dem Sternenmuster heraus und öffnet sie. Weil sie leer ist, schließt sie sie wieder. Sekunden später explodiert der Sprengsatz. Das Schwarzpulver-Gemisch war in den Wänden der Dose versteckt. Masliya wäre wohl getötet worden, wenn sie sich nicht zufällig im Moment der Detonation gebückt hätte, um etwas in ihrer Tasche zu suchen. Masliya M., die kurz vor dem Abitur stand, konnte damals erst nach mehreren Hauttransplantationen wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Übereinstimmungen

Beide Anschläge, der Angriff mit der Taschenlampen-Bombe sowie der Anschlag in der Probsteigasse, weisen deutliche Übereinstimmungen zu jenen drei Sprengstoff-Anschlägen auf, die in den frühen 1990er Jahren in Köln verübt wurden. Die Ähnlichkeit der Methode mit den präparierten Haushaltsgeräten in Köln und der präparierten Taschenlampe in Nürnberg fällt besonders ins Auge. Vergleichbare andere Anschläge mit manipulierten Gebrauchsgegenständen sind, zumindest bisher, nicht bekannt. Eine Untersuchung, ob es bundesweit Anschläge dieser Art gegeben hat, scheint bis heute nicht stattgefunden zu haben.

Im Fall der Probsteigasse wird, wie in Köln-Ehrenfeld 1992, kurz vor Weihnachten gezielt ein Sprengsatz platziert, der durch einen Abreißzünder zur Explosion gebracht wird. Auch hier sind Parallelen zu den Anschlägen in Köln und Nürnberg deutlich. Umso erstaunlicher ist es, dass die Anschläge von 1992/1993 bei den Ermittlungen zur Probsteigasse absolut keine Rolle spielten.

Der Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss wird sich, wenn er seinen eigenen Anspruch und seine selbstformulierte Aufgabe ernst nimmt, mit diesen Anschlägen befassen müssen. In Mauenheim und Bilderstöckchen wurde ein rassistischer oder neonazistischer Hintergrund von vornherein ausgeschlossen. Ob bei dem Paketbomben-Anschlag in Ehrenfeld in Richtung Rechts ermittelt wurde, ist unklar. Zumindest wurde zunächst ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Doch rückblickend ergeben sich Fragen: Wie kam etwa ein Ermittler zu der Aussage, „da wären Leute unterwegs, die würden an den Haustüren Namen (…) sammeln. Sie würden sie auf kleine Zettel schreiben und dann eine Tombola veranstalten"? Wer waren konkret die „alten Bekannten im Zusammenhang mit Sprengstoffdelikten", die die Polizei damals verhörte?

Sollte tatsächlich ein Zusammenhang zwischen den Anschlägen bestehen, würde dies ein neues Licht auf den NSU-Komplex werfen. Es könnte im schlimmsten Fall bedeuten, dass es in Köln Vorläufer-Strukturen des NSU gegeben hat, die bereits Anfang der 1990er Jahre Sprengstoffanschläge ausführten.

Eine weitere Frage drängt sich in diesem Zusammenhang auf: Warum ist Köln die einzige Stadt, in der der NSU ausschließlich Bombenanschläge verübte? Gab es hier Unterstützer_innen oder Mittäter_innen, die über spezielle oder langjährige Kenntnisse im Umgang mit Sprengstoff verfügten? Darüber hinaus legt gerade der Anschlag in der Probsteigasse nahe, dass es Helfer_innen- oder Unterstützer_innenstrukturen in Köln gegeben haben muss. Ortsunkundige wären nicht auf den versteckten Lebensmittelladen in der Probsteigasse gestoßen, an dem zudem ein deutscher Name stand, al-

Lang erwartete Anerkennung erfahrenen Leids

Erklärung für den Bremer Freundeskreis von „Kontakte-Kontakty" zur Entscheidung des Haushaltsauschusses des Deutschen Bundestags am 20. Mai 2015 zur Entschädigung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener

Der Bremer Freundeskreis von „Kontakte-Kontakty" hat mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags am 20. Mai mit breiter Unterstützung von der LINKEN bis zur CDU den überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine Entschädigung von insgesamt zehn Millionen Euro zugesprochen hat. Wir sehen darin eine Bestätigung auch unseres eigenen jahrelangen Engagements für die Betroffenen.

Von den insgesamt ca. 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsfangenen ist weit mehr als die Hälfte (rund 3,3, Millionen) in deutschem „Gewahrsam" durch Seuchen, Hunger, Erfrieren, Misshandlungen und willkürlichen Tötungen umgekommen; von den Zurückgekehrten wurden überdies viele in der Sowjetunion als Kollaborateure verhaftet oder in Arbeitslager verbracht. Wenn man davon ausgeht, dass die Quote der in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommenen westalliierten Soldaten „nur" rund 3 % betrug, wirft dies Schlaglichter auf das Menschenbild der Nationalsozialisten, in dem Russen und andere Sowjetvölker als „Untermenschen" diffamiert wurden. Heute leben noch rund viertausend hochbetagte Betroffene in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken; sie erhalten voraussichtlich von der mit der Auszahlung beauftragten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" jeweils 2500 Euro – für armenische Rentner immerhin zwei Jahresrenten. Diese Auszahlung ist für die ehemaligen Kriegsgefangenen zugleich eine lange erwartete Anerkennung des erfahrenen Leids.

Auch in Bremen gab es tausende sowjetischer Gefangener in Lagern und anderen erbärmlichen Behausungen, die u.a. beim Bau des U-Boot-Bunkers „Valentin" und in großen Rüstungsbetrieben eingesetzt und geschunden wurden. Viele von ihnen kamen um und wurden großenteils anonym beigesetzt. Anfang Mai d. J. bezeichnete Bundespräsident Joachim Gauck das grauenhafte Schicksal der Betroffenen als eines der „größten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs".

Zur Überwindung des „Erinnerungsschattens" (J. Gauck) begann bereits vor vielen Jahren der Verein „Kontakte-Kontakty" in Berlin mit seinem rührigen Initiator Eberhard Radczuweit eine Aufarbeitung des Geschehens. Es sollte nicht nur der „vergessenen Opfer" gedacht, sondern ihnen darüber hinaus aus privaten Spenden und anderen Zuwendungen auch eine Entschädigung ermöglicht werden. Zum Erinnern gehörten und gehören auch Veröffentlichungen und zahlreiche Appelle an die Politik, die jetzt endlich politische Früchte tragen. Der Bremer Freundeskreis leistet Kontakte-Kontakty dabei seit Jahren engagierte Unterstützung. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Ausstellung „Russenlager und Zwangsarbeit" vom 18. 9 bis 30. 10. 2014 im Haus der Wissenschaft. Sie dokumentierte in zahlreichen Schautafeln und anderen Exponaten eindrucksvoll das Schicksal der Betroffenen und die Menschenverachtung des NS-Systems. Die Ausstellung und das Begleitprogramm mit Vorträgen und Inszenierungen, Besichtigungen von Schauplätzen und Podiumsdiskussionen fand in Bevölkerung und Medien starke Beachtung. Großen Dank schuldet der Freundeskreis über die Medien hinaus auch den zahlreichen Unterstützern und Sponsoren aus Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft, ohne deren finanzielle Zuwendungen und immaterielle Hilfen die Ausstellung nicht möglich gewesen wäre. Wir sind sicher, dass sie unsere Genugtuung und Freude über die Entscheidung des Haushaltsausschusses teilen. Im Zeichen aktueller Spannungen sehen wir in dem gestrigen Beschluss auch ein starkes Symbol für die Völkerverständigung zwischen Deutschland und Russland.

Der Bremer Freundeskreis sieht sich durch die Entscheidung des Haushaltsausschusses in seinem Engagement bestätigt und darüber hinaus veranlasst, seine Tätigkeit im Sinne der Betroffenen und der Völkerverständigung fortsetzen. Es gibt noch viel zu tun!

Für den Bremer Freundeskreis von Kontakte-Kontakty



---

lein die Beschilderung des Geschäftes also keine Auskunft darüber bot, wer den Laden führte oder dort arbeitete. Djavad M., der als Einziger den Täter gesehen hat, fertigte ein Phantombild an, das in keinster Weise den Gesichtern von Uwe Mundlos oder Uwe Böhnhardt ähnelt. Er ist sich zudem sicher, dass es weder Böhnhardt noch Mundlos gewesen war, der den Korb in seinem Laden abgegeben habe. Dagegen wurde ein Kölner Neonazi, der dem Phantombild stark ähnelt und der schon in jungen Jahren wegen Sprengstoffdelikten angeklagt worden war, bis heute noch nicht vernommen.

Es gibt also viele wichtige Gründe und genug drängende und nach wie vor offene Fragen, die es nahe legen, sich auch mit den unaufgeklärten Kölner Anschlägen der frühen 1990er Jahre zu beschäftigen.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss in Düsseldorf sollte die Chance zu einer umfassenden Untersuchung nutzen.

http://nrw.nsu-watch.info/?p=543, 25. Mai 2015

Austritte aus der „Jungen Alternative“

Die Jugendorganisation der AfD entwickelt sich zusehends zu einer stramm rechten Kaderorganisation. Das wollten moderater eingestellte Mitglieder nicht mehr hinnehmen – mit Schreiben vom 1. Juni traten 39 von ihnen aus. Das sind etwa fünf Prozent der nach eigenen Angaben 800 JAlerInnen. Unter den Ausgetretenen befinden sich auch die ehemaligen Bundesvorsitzenden Philipp Ritz und Philipp Meyer.

Dies ist der Höhepunkt einer längeren Entwicklung, während der es den ganz rechts stehenden Kräften u.a. mit unlauteren Mitteln wie Satzungsverstößen und sogar Bedrohungen gelang, die AnhängerInnen des AfD-Bundesvorsitzenden Bernd Lucke zu marginalisieren und an den Rand zu drängen (s. AN 7 + 10/15).

Unmittelbarer Anlass für die Kapitulation ist die Wahl des neuen Führungsduos der JA. Vorsitzender wurde Markus Frohnmaier, der zur neurechten Strömung um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke zählt, sein Stellvertreter wurde Sven Tritschler, der zum rechtspopulistischen AfD-Flügel um Frauke Petry gehört und als Vertrauter des NRW-Vorsitzenden Marcus Pretzell gilt. Schon zuvor hatte ein JA-Konvent den damaligen Vorsitzenden und Lucke-Befürworter Meyer abgesetzt, weil der Höcke öffentlich kritisiert hatte und dem „Weckruf 2015“ (s. AN 11/15) beigetreten war.

Im Austrittsschreiben der 39 heißt es u.a., die „Fundamentalisten akzeptieren lediglich Standpunkte, die ihre eigenen Positionen untermauern oder verschärfen“, in der JA herrsche mittlerweile „eine ‚Political Correctness’ von rechts“ vor, Andersdenkende würden „durch Ausschluss von den internen Kommunikationsplattformen unterdrückt“. Einzig „als Deckmantel“ für die Agitation der Rechtsaußen wolle man sich nicht missbrauchen lassen: „Wir wollen nicht die ‚Feigenblätter’ sein, mit denen man seltsame politische Ansichten zu kaschieren versucht.“

Noch deutlicher wird Julian Heidenreich, der ebenfalls ausgetreten ist und dies separat begründet. Er spricht von „einem schleichenden Prozess der Selbstradikalisierung“. „Große Teile der verbliebenen Mitgliedschaft würde ich der sog. ‚Neuen Rechten’ zuordnen, irgendwo im Spannungsfeld zwischen rechtskonservativ und deutsch-national/völkisch und mitunter mit Abgrenzungsschwierigkeiten zum rechtsradikalen Rand.“

Der Rigorismus mit dem die Radikalisierung der JA durchgesetzt wird ist ein Vorgeschmack darauf, wie sich die AfD entwickeln würde, wenn sich auf dem Mitgliederparteitag am 4./5. Juli in Essen der Petry-Flügel gegen die Neoliberal-Konservativen um Lucke durchsetzen sollte.

F ■

„Rassismus ist keine Antwort auf soziale oder andere Probleme“ –

Lichtenberger Bündnis kritisiert Verstrickung der AfD Lichtenberg mit Bärgida

In den letzten Wochen ist durch Presseartikel und die Recherchen des apabiz e.V. bekannt geworden, dass ein Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbandes Lichtenberg regelmäßig als Redner bei den rassistischen Bärgida-Aufmärschen in Berlin mitmischt, die laut Berliner Verfassungsschutz von „Rechtsextremisten gesteuert“ werden.

In seiner Sitzung am vergangenen Dienstag hat sich das Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz über die Inhalte und Strukturen der AfD informiert und sich über Umgangsmöglichkeiten verständigt. Mit Besorgnis reagierten die Bündnismitglieder darauf, dass der AfD-Landesverband offenbar nicht bereit ist, den Funktionär Heribert Eisenhardt wegen seines Mitwirkens bei den Bärgida-Aufmärschen aus der Partei auszuschließen. Das zeige, dass rassistische und ausgrenzende Inhalte scheinbar in der Berliner AfD toleriert werden.

„Wie wir es schon in den Grundsätzen unserer Kampagne Bunter Wind für Lichtenberg formuliert haben: Wer andere Menschen wegen Aussehen, Hautfarbe, Sprache, Herkunft Religion, sexueller Orientierung oder Lebensweise herabsetzt oder ausgrenzt, spaltet die Gesellschaft und trifft hier auf unseren Widerstand. Das gilt auch für die entsprechenden Äußerungen und Inhalte der AfD“, kommentiert Reinhild Guhl (Mitglied des Lichtenberger Bündnis).



Leider scheint Heribert Eisenhardt nicht das einzige AfD-Mitglied in Lichtenberg mit Verbindungen ins rassistische und extrem rechte Milieu zu sein. So hat Dr. Marius Radtke (Sprecher des Kreisverbandes), gemeinsam mit Herrn Eisenhardt, die sogenannte „Erfurter Resolution“ des extrem rechten Flügels innerhalb der AfD unterzeichnet. Und mit dem Schatzmeister Kay Nerstheimer ist ein weiteres Mitglied im Vorstand vertreten, der zuvor durch seine Aktivitäten für die Partei Die Freiheit und die German Defence League aufgefallen ist. Letztere ist eine sich militant gebende, islamfeindliche Splittergruppe, die sich in einem permanenten Abwehrkampf zur Verteidigung des Abendlandes wähnt. Ihre Vertreter/innen marschieren ebenfalls regelmäßig bei den Bärgida-Aufmärschen mit. Zählt man all diese Einzelfälle zusammen positioniert sich der Lichtenberger Kreisverband deutlich als rechts offen innerhalb der Berliner AfD.

„Nicht nur im Vorfeld der Berliner Wahlen im kommenden Jahr ist es eine wichtige Aufgabe

engagierter Lichtenberger_innen und der demokratischen Parteien, immer wieder deutlich zu machen, welche Gefahren von rassistischen, sexistischen und diskriminierenden Äußerungen für das Zusammenleben im Bezirk ausgehen“, so Erika Rathmann (Mitglied Lichtenberger Bündnis).

Informationen zum Bündnis finden Sie unter: http://lichtenberg.blogsport.de/ und https://www.facebook.com/lichtenbergerbuendnis

Keinen Tag der Bundeswehr!

Bundeswehrveranstaltung auf dem Mahnmal der Bücherverbrennung ist pietätlos – Friedensbündnis fordert Stadt zur Absage auf

Das Friedensbündnis „Keinen Tag der Bundeswehr" fordert die Stadt Bonn auf, den sogenannten Tag der Bundeswehr am 13.6. abzusagen. Eine Veranstaltung der Bundeswehr auf dem Mahnmal der Bücherverbrennung ist pietätlos und nicht hinnehmbar. Laut einer kleinen Anfrage im Stadtrat wird die Bühne der Bundeswehr vor dem Rathaus auf dem Marktplatz stehen, also direkt auf dem Mahnmal der Bücherverbrennung.

„Es ist skandalös und völlig unverständlich, dass die Stadt Bonn dazu ihr Einverständnis gibt", so Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative. „Das Gedenken an die Verbrennung von Werken Bertha von Suttners und Kurt Tucholskys durch die Nationalsozialisten wird so nicht nur mit Füßen, sondern im wahrsten Sinne des Wortes mit Soldatenstiefeln getreten."

Ebenfalls kritisiert das Friedensbündnis die Antwort von OB Nimptsch an den Stadtrat, in der er sich zur Rechtfertigung des Bundeswehrspektakels in Anspielung auf die römische Besatzung auf eine 2000-jährige militärische Tradition Bonns beruft. Richtig wäre es, den römischen Imperialismus und seine hemmungslose Gewaltanwendung mit der lt. Verteidigungspolitischen Richtlinien deutsche Wirtschaftsinteressen verteidigenden Bundeswehr heute zu vergleichen, kritisiert das Friedensbündnis. Auch dass die Bundeswehr in Bonn 1955 von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren mitgegründet wurde, scheint der OB vergessen zu haben.



Das Bündnis fordert OB Nimptsch, der sich seinerzeit für die Realisierung des Büchermahnmals einsetzte und auch 2013 die Stele von Bertha von Suttner einweihte, eindringlich auf, seine unkritische militärfreundliche Position zu überdenken.

Die Bundeswehrveranstaltung auf dem Mahnmal der verbrannten Bücher zeugt von einer Geschichtsvergessenheit und Doppelmoral der Stadt Bonn. Wenn Bonn seinem Ruf als „Friedensstadt" gerecht werden möchte, muss der Bundeswehr eine klare Absage erteilt werden.

Andernfalls wird das Bündnis der Bundeswehrpropaganda mit lautem und kreativem Protest sowie mit Kritik an Kriegsstrategien, nuklearer Teilhabe, Drohnenbeschaffung und Rüstungsexporten entgegentreten.

Für das Friedensbündnis „Keinen Tag der Bundeswehr!":

In keinem anderen Bundesland...

Erklärung gegen die Nennung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten im Verfassungsschutzbericht des Freistaats Bayern.

70 Jahre nach der Befreiung durch die Alliierten sind Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus immer noch in unserer Gesellschaft präsent und eine Herausforderung für alle Demokratinnen und Demokraten.

Deshalb beteiligen sich viele von uns in Initiativen der Erinnerungs- und Gedenkarbeit, in Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Ideologien oder unterstützen deren Arbeit.

Eine der ältesten Organisationen, die sich in Deutschland gegen alte und neue Nazis engagiert, ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten – VVN/ BdA. Die Initiative für die Gründung der VVN ging unmittelbar nach dem Krieg von ehemals Verfolgten unterschiedlichster Herkunft aus. Über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg waren Aufklärung und Mahnung, aber auch die Vertretung der Interessen der Opfer des Naziregimes die erklärten Ziele der VVN.

Auch heute noch sind einige bekannte Persönlichkeiten, die in der Nazizeit Verfolgung und Lagerhaft erdulden mussten, in der VVN/ BdA aktiv. Bundesweit bekannt ist Esther Bejarano, in Bayern besonders Ernst Grube, Hermann und Hugo Höllenreiner sowie Martin Löwenberg. Trotz hohen Alters klären viele von ihnen unermüdlich junge Menschen über die Barbarei der Nazis und deren Folgen auf. Für dieses Engagement werden sie hoch respektiert, geehrt, gewürdigt und sind vielfach ausgezeichnet.

Trotz dieses Engagements und trotz der anerkannten und respektierten Arbeit der VVN/BdA in zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechts wird der Verband in Bayern vom Verfassungsschutz als angeblich „linksextremistisch beeinflusst" überwacht. In keinem anderen Bundesland ist das sonst der Fall.

Das ist einerseits eine Diffamierung der Arbeit der in der VVN/ BdA organisieren Überlebenden des Naziterrors und stellt sie auf die selbe Stufe wie die ebenfalls im Bericht genannten Rechtsextremisten. Es geschieht auch unter völliger Ausblendung der tatsächlichen Arbeit der VVN/ BdA. Es bedroht die VVN/ BdA in ihrer Existenz, da der Entzug der Gemeinnützigkeit droht und diffamiert auch alle, die sich seit Jahren und Jahrzehnten gemeinsam mit der VVN/BdA gegen rechtsextreme Umtriebe engagieren.

Die vom bayerischen Innenminister vorgebrachten Argumente für die Erwähnung der VVN/ BdA im Verfassungsschutzbericht sind weder überzeugend noch schlüssig. Sie sind weniger von Tatsachen geprägt als von derselben Ausgrenzungspolitik der Staatsregierung, mit der auch schon gegen das Münchner A.I.D.A.-Archiv vorgegangen wurde.

Man kann im Widerspruch zur Staatsregierung nur feststellen, dass sich die VVN/BdA große Verdienste um die Gedenk- und Erinnerungskultur und um das bürgerschaftliche Engagement für eine bunte und tolerante Gesellschaft, gegen Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus, erworben haben.

Man muss aber nicht Mitglied der VVN/BdA sein oder deren Positionen in allen Punkten teilen, um die diffamierende Einschätzung des CSU-geführten Innenministeriums zurückzuweisen. Ich möchte Euch daher bitten, mit Eurer Unterschrift die gemeinsame Erklärung zur Streichung der VVN/ BdA aus dem Verfassungsschutzbericht zu unterstützen. Die VVN/BdA war und ist Teil des demokratischen Engagements gegen nationalistisches und rassistisches Gedankengut, gegen Relativierung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und für eine lebendige Erinnerungskultur und ein weltoffenes Bayern.

Die gemeinsame Erklärung „Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN-BdA! „ kann man hier einsehen und unterzeichen: http://www.solidaritaet-vvn.de

Erster der 11 FN-Bürgermeister musste wieder vor die Wähler/innen treten; mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt

Vor nunmehr gut vierzehn Monaten, Anfang April 2014, wählten fünfzehn französische Kommunalparlamente je einen rechtsextremen Bürgermeister. In einem einzigen Fall, in Bollène mit Marie-Claude Bompard, handelte es sich allerdings um eine Bürgermeisterin (inzwischen kam durch Auswechslung des FN-Bürgermeisters in Le Luc eine zweite Frau hinzu).

Zehn von ihnen hatten einen Mitgliedsausweis des Front National (FN), und ein elfter war zwar formal parteilos, doch wurde er auf einer Liste des FN gewählt, nämlich Robert Ménard in Béziers. Vier weitere Rathausoberhäupter gehörten der ebenfalls rechtsextremen Regionalpartei Ligue du Sud an; einer von ihnen, Philippe de Beauregard, Bürgermeister der Kleinstadt Camaret-sur-Aigues, lief allerdings vor den diesjährigen Bezirksparlamentswahlen im März 2015 seinerseits zum FN über[1]. Insgesamt umfassen diese fünfzehn Städte und Gemeinden knapp eine halbe Million Einwohner/innen.

Zum ersten Mal musste nun einer der fünfzehn rechtsextremen Bürgermeister erneut vor die Wähler/innen treten, und zwar früher als erwartet. Am 25. Februar 2015 hatte der Conseil d'Etat („Staatsrat"), also das oberste französische Gericht im öffentlichen Recht – ungefähr vergleichbar mit dem Bundesverwaltungsgericht –, die Wahl eines der rechtsextremen Stadtoberhäupter annulliert. Es handelte sich um die des heute 33jährigen Krankengymnasten Joris Hébrard zum Bürgermeister von Le Pontet, eines Vororts von Avignon, 17 000 Einwohner/innen. Aufgehoben wurde, genauer gesagt, die ihr zugrunde liegenden Kommunalwahl (denn die Stimmbevölkerung wählt Kommunalparlamentarier/innen per Listenwahl, und diese wählen dann ihrerseits den Rathauschef oder die Rathauschefin; wobei die jeweils stärkste Liste eine Anzahl zusätzlicher Mandat erhält, um eine stabile Mehrheitsbildung zu ermöglichen.).

Anlass für die gerichtliche Aufhebung der ursprünglichen Wahl waren Zweifel über die Regelmäßigkeit. Die Kommunalwahl war gerichtlich angefochten worden. Und der Abstand zwischen der siegreichen FN-Liste und der zweitstärksten Liste, jener der konservativen UMP, betrug im März 2014 nur sieben Stimmen, mit 50,06 gegen 49,94 Prozent in der Stichwahl vom 30.03.14. Doch bei 17 Teilnehmer/inne/n an der Wahl schienen ernsthafte Abweichungen zwischen ihrer Unterschrift beim ersten und beim zweiten Durchgang zu bestehen.

Am 31. Mai 2015 musste die Kommunalwahl in Le Pontet nun also wiederholt werden. Der FN-Bürgermeister – er feierte just an jenem Tag seinen 33. Geburtstag – hätte durchaus Gründe haben können, um seine Wiederwahl zu bangen. Denn einige seiner Entscheidungen waren nicht unumstritten. Dies gilt für den Beschluss des FN-dominierten Kommunalparlaments zu Beginn seiner Amtszeit, ihm eine Erhöhung seines Bürgermeistergehalts um + 44 % zu gewähren. (Diese Entscheidung wurde nachträglich vom Präfekten – Vertreter des Zentralstaats in den Bezirken, welcher eine Rechtsaufsicht über die Kommunalpolitik führt – als Gesetzesverstoß kassiert.) Es gilt ebenso für die Entscheidung, die kostenlose Kantinenspeisung für die Kinder ärmerer bzw. einkommensloser Elternhäuser einzustellen: Die Familien müssten an ihre „Verantwortung" erinnert werden.

Doch es stellte sich heraus, dass der rechtsextreme Bürgermeister letztendlich nichts zu befürchten hatte. Seine Wiederwahl ging bereits im ersten Durchgang glatt durch: Am 31. Mai 2015 erhielt die von ihm angeführte FN-Liste 59,43 %, und damit ein um fast zehn Prozentpunkte höheres Stimmergebnis als vierzehn Monate und einen Tag zuvor. Dabei ging die Wahlbeteiligung um rund vier Prozentpunkte zurück, von zuvor 65,03 % auf jetzt (ein Jahr später) 60,85 %[2], ohne jedoch dass man eine solche Beteiligung als außerordentlich niedrig einstufen könnte.

Offensichtlich hat bislang eine Politik des Skandalisierens einzelner, etwa antisozialer, Maßnahmen in den FN-geführten Rathäusern bislang nicht gefruchtet. Kritik an ihrer Amtsführung erscheint deren Wohnbevölkerung, in ihrer Mehrheit, anscheinend eher als „unerbetene Einmischung von außen". Anlässlich der Bezirksparlamentswahlen im März 2015 erwies sich bereits, dass Bewerber/innen des FN in den von ihm regierten Städten und Kommunen oft um rund zehn Prozent höher abschnitten als bei den Kommunalwahlen im März 2014. Dies gilt übrigens auch für Le Pontet. Dort erhielten Joris Hébrard und eine Mitbewerberin vom FN, als Bezirksparlamentskandidat/in (das Wahlgesetz schrieb dazu die gemeinsamen Kandidatur von je einem Mann und einer Frau vor), im Stimmbezirk für die Bezirksparlamentswahl 53,7 Prozent. Doch auf der Ebene der Stadt Le Pontet, die nur einen Teil des Wahlbezirks ausmachte, erhielten sie damals 58,24 %[3]. Dies deutete zumindest darauf hin, dass die soziale Basis des FN in dieser Stadt bis dato nicht abgeschmolzen war.

Hinzu kam noch – als sicherlich ungünstiger Faktor –, dass die kommunale Opposition gegen den FN-Bürgermeister keine einheitliche Liste aufzustellen vermochte. Eine von dem Parteilosen (und Kommunalangestellten) Jean-Firmin Bardisa angeführte „Bürgerliste", unterstützt durch die örtliche Sozialdemokratie aber auch die kurzzeitige konservative Bürgermeisterin (2013/14) Béatrice Lecoq, sammelte 28 % der Stimmen. Eine getrennt von ihr antretende Liste der konservativ-wirtschaftsliberalen Partei UMP (inzwischen frisch umbenannt in ‚Les Républicains') holte unter Catherine Joly 12,57 Prozent.

Am Samstag, den 6. Juni 2015 wählte das Kommunalparlament bei einer außerordentlichen Sitzung den FN-Spitzenkandidaten Joris Hébrard erneut zum Bürgermeister[4]. Dieses Mal dürfte es aller Voraussicht nach keine gerichtliche Anfechtung der Wahl geben[5]. *B.S. Paris* ■

1 Vgl. http://france3-regions.francetvinfo.fr/provence-alpes/2015/03/10/carte-interactive-les-candidats-du-vaucluse-canton-par-canton-668567.html

2 Vgl. http://www.lanouvellerepublique.fr/France-Monde/Actualite/24-Heures/n/Contenus/Articles/2015/05/31/Vaucluse-le-candidat-du-FN-facilement-elu-des-le-1er-tour-au-Pontet-2348018

3 Vgl. http://election-departementale.linternaute.com/resultats/le-pontet/ville-84092

4 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/06/06/joris-hebrard-fn-officiellement-reelu-maire-du-pontet_4648973_823448.html

5 Vgl. https://www.facebook.com/municipaleslepontet2015?fref=nf

Front National um internationales Profil bemüht

Marine Le Pen in Moskau, Marine Le Pen in Kairo. Und Ärger mit Qatar

Wer in naher oder mittlerer Zukunft beansprucht, an der politischen Macht teilzuhaben und die Geschicke des Staates zu lenken, muss auch eine irgendwie geartete Strategie in Sachen internationale Beziehungen aufweisen. Da der Front National (FN) diesen Anspruch erhebt und die politische Macht in Paris übernehmen möchte – wovor der Rest der französischen Gesellschaft bewahrt bleiben möge -, muss er auch ein Minimum an „staatsmännischen" oder „-fraulichen" Kompetenzen in Sachen diplomatische und internationale Beziehungen an den Tag legen. Dies wusste schon sein Altpräsident Jean-Marie Le Pen. Er legte etwa den Start für seinen Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl vom April 1988 im Frühjahr 1987 mit einer Reise in mehrere afrikanische Staaten hin, die zur französischen neokolonialen Einflusssphäre zählten (wie die Côte d'Ivoire, Gabun und das damalige Zaire). Auch durfte er am Rande eines Präsidentschaftskonvents der US-Republikaner dem damaligen Präsidenten Ronald Reagan kurz die Hand drücken.

Was der Alte konnte, das kann im Prinzip auch seine Tochter Marine Le Pen, obwohl vielleicht nicht mit denselben Kontakte. Ihre Reise von Anfang November 2011 nach Washington D.C. und New York verlief eher relativ enttäuschend, weil kaum hochrangige politische Akteure sich zu Kontakten bereit zeigten (obwohl sie bereits 2003 bei Frauen der Republikanischen Partei eine Rede hatte halten dürfen[1]); ein paar Termine klappten dann allerdings doch noch.[2]

In Russland unter seinen derzeitigen Machthabern hat die Chefin des Front National solche Probleme nicht: Dort ist sie politisch derzeit wohl immer willkommen. Am 26. Mai dieses Jahres wurde Marine Le Pen dort beim russischen Parlamentspräsidenten Sergej Naryschkin empfangen. Unter Ausschluss der Medien, eine angekündigte Übertragung des Treffens durch das russische Fernsehen wurde abgesagt. Es handelt sich bereits um die dritte offizielle Reise von Marine Le Pen nach Russland innerhalb von zwei Jahren, nach denen vom Juni 2013 und April 2014. (Wobei inoffizielle Abstecher von Marine Le Pen, besonders zum Zweck der Einfädelung einer Finanzierung des FN durch die russischen Machthaber, alles andere als ausgeschlossen sind.) Laut einem Kommuniqué der Duma, also des russischen Parlaments, beglückwünschte Naryschkin aus diesem Anlass den Front National zu seinem Abschneiden bei den französischen Bezirksparlamentswahlen im März 2015 und bezeichnete ihn als Ausdruck „der Zeit und des Geistes des moderne Frankreichs" sowie als „eine der wichtigsten politischen Kräfte in Europa"[3].

Sergej Naryschkin steht auf der Sanktionsliste der EU, die bestimmte Personen aufgrund ihrer Rolle in der Ukrainekrise mit Einreisenverbot belegt. Auf diese eher symbolischen personenbezogenen Sanktionen antwortete Russlands Regime seinerseits mit einer vergleichbaren Personenliste, die am 29. Mai 2015 an die russischen Botschafter im Ausland übermittelt wurde. Laut Informationen einer EU-nahen Webseite soll der französische sozialdemokratische Abgeordnete Bruno Le Roux deswegen auf dieser russischen Liste gelandet sein, weil er Mitte Mai 2015 eine parlamentarische Untersuchung über die mutmaßliche außergesetzliche Finanzierung des FN von russischer Seite gefordert hatte[4].

In der letzten Maiwoche 2015 hielt Marine Le Pen sich, für viele Beobachter/innen überraschend und unangekündigt, für mehrere Tage in Ägypten auf. Dabei traf sie unter anderem mit dem amtierenden Prermierminister Ibrahim Mahlab zusammen, der sie an seinem Amtssitz empfing. Aus diesem Anlass bezeichnete Marine Le Pen den aus dem Militär kommenden, autoritären und eine brachiale Repression verkörperenden ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah Al-Sissi als „einen unserer solidesten Schutzwälle gegen die Muslimbrüder", gegen die islamistische Gefahr[5].

Spektakulärer war, dass sie auch an der Universität Al-Azhar, einer alten (und strukturkonservativen) Institution des sunnistischen Islam, vom dortigen Oberimam Ahmed Al-Tayyeb empfangen wurde. Hinterher behauptete die Vorsitzende des französischen FN, beide hätten „in zahlreichen Punkten Übereinstimmungen" erzielt oder verzeichnet. So bei der notwendigen Terrorismusbekämpfung, aber auch in dem Wunsch, junge Muslime aus nordafrikanischen Ländern von illusorischen Auswanderungszielen abzuhalten. Anders stellte es hingegen Al-Tayyeb, bzw. in seinem Auftrag sein Stellvertreter Abbas Shoman, dar: Er habe Marine Le Pen auf ihren Wunsch hin empfangen, wie er Menschen aller geistigen Richtung empfange. Und besonders, um ihr ein Bild vom „wahren Islam" zu vermitteln, und eventuell um sie von bisherigen falschen Eindrücken abzubringen[6].

Marine Le Pen traf im Übrigen auch mit einem Oberhaupt der koptischen Christen zusammen und brachte darin ihre Beunruhigung „über die Lage der Christen in Syrien und im Irak" zum Ausdruck. In beiden Ländern unterstützt(e) der Front National jeweils die massenmörderischen Baat-Regimes, jenes von Saddam Hussein vor 2003 und jenes noch aktuelle von Bascher Al-Assad; jeweils mit der Begründung, diese wirkten als Schutzschilde für die orientalistischen Christen.

Ärger unterhält der französische FN hingegen mit der Golfmonarchie Qatar. Der kleine Golfstaat, der einerseits als wirtschaftlicher Akteur ersten Ranges und Großinvestor u.a. auf französischem Boden auftritt, unterhält andererseits – zwecks Erhöhung seiner internationalen Ausstrahlung – diverse politische Kontakte, unterstützt u.a. die (in Ägypten seit Juli 2013 von der Macht entfernte und nunmehr verfolgte) Muslimbrüderschaft und indirekt auch unterschiedliche jihadistische Gruppierungen. Diese Vorwürfe, die sich u.a. auch auf die Stützung von jihadistischen Gruppen im Norden Malis bei Ausbruch der dortigen akuten Krise 2012 beziehen, sind in der Sache berechtigt. Allerdings macht der rechtsextreme Front National sie sich auf instrumentelle Weise zueigen. Er zieht die politische Rolle Qatars in der Region (Nahost,

---

1 Vgl. http://jungle-world.com/artikel/2003/49/11905.html

2 Vgl. http://jungle-world.com/artikel/2011/48/44442.html

3 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/05/26/97001-20150526FILWWW00238-marine-le-pen-recue-a-la-douma-russe.php und http://www.politis.fr/Marine-Le-Pen-a-Moscou-C-est-qui,31271.html

4 Vgl. https://mail.google.com/mail/u/0/h/yeclez4ssyh4/?&th=14daff35aed3addb&v=om http://www.euractiv.fr/sections/politique/la-liste-noir-russe-vise-les-europeens-pro-ukraine-ou-anti-fn-315003?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=affbc1abec-newsletter_dernières_infos&utm_medium=email&utm_term=0_da6c5d4235-affbc1abec-78143737

5 http://www.saphirnews.com/La-rencontre-du-FN-avec-l-imam-d-Al-Azhar-vue-par-Marine-le-Pen_a20871.html

6 Vgl. rund um diesen Besuch: http://www.yabiladi.com/articles/details/36227/153625/381947/egypte-marine-azhar-pour-voir.html?utm_source=newsletter_actu&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_actus_html
und
http://www.lorientlejour.com/article/927240/al-azhar-reproche-a-marine-le-pen-ses-positions-hostiles-a-lislam.html oder
http://www.liberation.fr/politiques/2015/05/29/egypte-al-azhar-a-voulu-montrer-le-veritable-islam-a-marine-le-pen-responsable_1319045

Abschiebung aus Göttingen erfolgreich verhindert

Am 28.05. versammelten sich mehr als 140 Menschen vor einer Wohnung im Königsstieg, um die angekündigte Abschiebung einer 6-köpfigen Familie aus Serbien-Montenegro zu blockieren. Trotz der bekannten psychischen Erkrankung des Familienvaters wollten die Behörden die gewaltsame Ausweisung der Familie nach Frankreich entsprechend der Dublinverordnungen durchsetzen. Dort stünde den Eltern und ihren vier kleinen Kindern erneut ein Leben auf der Straße bevor.

Zwei Transporter mit Braunschweiger und Wolfsburger Kennzeichen fuhren kurz vor halb acht im Königsstieg vor, mussten aber wieder unverrichteter Dinge abziehen. Entschlossen und mit Transparenten forderten die Demonstrant*innen Bleiberecht für alle und sprachen sich für eine flüchtlingsfreundliche Asylpolitik aus. Eine Aktivistin sagt: „Es ist richtig, dass die Familie hier bleibt. Wir werden uns auch weiterhin für ihren Aufenthalt einsetzen. Entgegen der menschenverachtenden Politik von Regierung und Behörden, die rassistische Gesetze verschärfen, verabschieden und ausführen, fordern wir ein abschiebefreies Göttingen!“

Die Initiative Abschiebungen Stoppen ruft zur Verhinderung solcher menschenfeindlicher Abschiebemaßnahmen auf. Auf der Seite der Initiative (http://abschiebungenstoppen.noblogs.org/) gibt es die Möglichkeit, sich in eine öffentliche Telefonliste einzutragen, über die zu Blockaden mobilisiert wird.

Quelle: http://abschiebungenstoppen.noblogs.org 28.05.2015 ■

Abschiebung Marburg: Eine lange Nacht

Die Behörden hatten dieses Mal keinen konkreten Zeitpunkt für die Abholung genannt, sondern angegeben, dass sich unser Freund A. für seine Abschiebung nach Frankreich die gesamte Nacht bereit halten solle. Eine direkte Reaktion auf die zwei zuvor erfolgreich verhinderten Abschiebungen im Januar und Februar, die in den frühen Morgenstunden verhindert wurden.

Doch dies hielt Menschen nicht davon ab, trotz Regen gegen diese menschenunwürdige Praxis und die Kriminalisierung von Migration zu demonstrieren. Über 80 Menschen kamen schon in den Abendstunden spontan zusammen und verzichteten auf eine Nacht Schlaf, um für ihren Freund A. da zu sein. A. war abfahrtsbereit, als die Polizei gegen 3:45 Uhr zur Abschiebung vorfuhr. Die friedlich protestierenden Menschen unterhielten sich noch eine Weile mit den vier Beamt_innen, die jedoch nicht lange blieben.

Nicht erst vor dem Hintergrund, dass erst die vor zwei Wochen veröffentlichten Videos von gewalttätigen Polizisten gegenüber Geflüchteten in Calais deutlich machen, wie die dortigen Zustände sind. Viele französische Lager gleichen Slums und werden in kurzen Abständen von der Polizei geräumt, ohne irgendwelche Lösungen anzubieten.

So wurde die Polizei zwar zu einer Tasse nächtlichem Kaffee eingeladen, mehr gab's für die Beamten jedoch nicht zu holen.

Im Flugzeug nach Toulouse fehlte am heutigen Morgen eine Person, die dort gegen ihren Willen hätte abgeschoben werden sollen. Stattdessen wurde zum nun dritten Mal ein entschlossenes Zeichen gegen Abschiebung gesetzt – und gegen das ungerechte europäische Asylsystem.

Quelle: http://netzwerk-gegen-abschiebung-mr.antira.info 01.06.2015 ■

Engagement gegen Abschiebungen wächst weiter

KARLSRUHE. In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni versuchten erneut ca. 60 KarlsruherInnen zu verhindern, dass 98 Menschen (davon 32 Kinder)in den Kosovo abgeschoben werden. Ihre Sitzblockade wurde aber sowohl an der LEA, als auch am Baden-Airpark durch einen teils brutalen Polizeieinsatz aufgelöst. Die Polizei hatte nach Auskunft der DemonstrantInnen die klare Anweisung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (RP) erhalten, die Abschiebung durchzuführen.

Ein Drittel der abgeschobenen Menschen waren wieder Kinder und der Großteil von ihnen in den Gebäuden der LEA Karlsruhe untergebracht. „Es darf doch nicht sein, dass Menschen – unter ihnen Familien mit Kindern – nachts aus den

---

Nordafrika, muslimisches Afrika) zusammen mit seinem Auftritt als Sponsor für wirtschaftliche Aktivitäten u.a. in französischen Banlieues – um zu behaupten, hier sei eine fünfte Kolonne, ein „trojanisches Pferd“ bei der Ausbreitung des Islamismus in Frankreich aktiv. Was wiederum absoluter Quatsch ist.

Außenpolitisch versucht der FN (und über ihn hinaus auch andere Strömungen der extremen Rechten, etwa jene um den Antisemiten Alain Soral) zu profilieren, indem man gleichzeitig autoritäre arabische Regimes wie in Ägypten und besonders in Syrien unterstützt, andererseits aber gegen den Einfluss der reaktionär-islamistischen Golfstaat Saudi-Arabien und Qatar zu Felde zieht. (Eine notwendige Anmerkung: Diese Feststellung bedeutet nicht, dass eine genau umgekehrte Option etwa besser wäre: Auch die Golfmonarchien und die von ihnen unterstützten Islamismus dürfen nicht als Hort des Humanismus gelten. Ebenso wenig wie Assads Mördertruppen…)

Infolge von öffentlichen Äußerungen vom 9. Januar 2015, in denen er Qatar als Sponsor des Jihadismus und Terrorismus hinstellte, handelte FN-Vizepräsident Florian Philippot sich eine Strafanzeige seitens der qatarischen Monarchie wegen übler Nachrede ein. Dies wurde am 1. Juni 2015 durch die Tageszeitung ‚Le Figaro' bekannt, auch wenn die Anzeige selbst bereits am 9. März d.J. gestellt worden sein soll.

Marine Le Pen erwiderte darauf nun Anfang Juni, man freue sich auf ein Verfahren und wolle daraus einen „Prozess über Qatar“ in Frankreich machen, also den Spieß umdrehen. Philippot seinerseits reagierte, indem er behauptete, er fühle sich nun von Islamisten bedroht – wofür es jedenfalls bezüglich des Verhaltens des qatarischen Regimes keinen Anlass gibt, dieses dürfte eher Milliarden für Investitionen zwecks Gut-Wetter-machens ausgeben, als etwa Auftragskiller zu bezahlen. Philippot schrieb an die höchsten Stellen der Republik, um für sich persönlichen Polizeischutz zu fordern, worauf das Innenministerium jedoch mit den Worten reagierte, man nehme die vorgebliche Bedrohung nicht wirklich ernst.

In den Medien jedenfalls konnte der französische FN erfolgreich einigen Wirbel um die Angelegenheit veranstalten. Und da die Pariser regierende Bürgermeisterin Anne Hidalgo von der französischen Sozialdemokratie es für klug hielt, sich in der Sache explizit hinter das qatarische Regime zu stellen[7], verfügt der FN nun auch noch über ein wunderbares Einfallstor. Er muss nur noch die Komplizenschaft der verkommenen politischen Klasse anprangern…[8]

Bernard Schmid, Paris ■

---

[7] Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/06/04/97001-20150604FILWWW00117-hidalgo-soutient-le-qatar-contre-philippot.php

[8] Vgl. u.a. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/06/01/le-qatar-porte-plainte-pour-diffamation-contre-florian-philippot_4644564_823448.html und http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/06/02/97001-20150602FILWWW00112-marine-le-pen-veut-faire-le-proces-du-qatar.php und http://actu.orange.fr/politique/plainte-du-qatar-philippot-a-peur-pas-la-police-lepoint_CNT000000aDC2A.html oder http://actu.orange.fr/politique/la-polemique-entre-le-fn-et-le-qatar-en-trois-actes-francetv_CNT000000aDx4Q.html wie auch https://mail.google.com/mail/u/0/h/1accu5io-esclh/?&th=14db621a28bde6dc&v=om http://actu.orange.fr/politique/florian-philippot-se-dit-menace-et-demande-une-protection-policiere-liberation_CNT000000aDD0o.html

Betten geholt werden und ohne Ankündigung wieder in die Verhältnisse abgeschoben werden, derer sie sich nur mit aller Kraft entziehen konnten." so ein Teilnehmer der Demonstration in Heidelberg, wo erneut ebenfalls Proteste stattfanden.

Erneut hielt sich das Regierungspräsidium bei der Terminierung nicht an die Abschieberichtlinien des Landes Baden-Württemberg, nachdem möglichst niemand vor 4:00 Uhr morgens zur Abschiebung abzuholen ist.

Bereits am 26. Mai wurden erneut 69 Kosovaren (davon 23 Kinder) aus Baden-Württemberg abgeschoben. Die große Mehrheit von ihnen, wie schon bei der letzten Abschiebung in den Kosovo vor einem Monat, direkt aus der LEA Karlsruhe. Circa 40 Karlsruher hatten in der Nacht versucht, die Abschiebung zu verhindern. Der berechtigte Protest wurde aber durch die Polizei aufgelöst. „Ich stehe heute wieder hier, um darauf aufmerksam zu machen, dass Menschen in existenzgefährdende Verhältnisse abgeschoben werden", so einer der Demonstranten aus Heidelberg, wo sich ebenfalls 40 Menschen vor einer Flüchtlingsunterkunft versammelten, um ein Zeichen gegen eine mögliche Abschiebung zu setzen. Die Polizei Karlsruhe war nach eigenen Angaben ab 0:30 Uhr an der LEA um die Abschiebung durchzuführen. „Wenn Familien aus dem Schlaf abgeholt werden, hat das traumatisierende Folgen für die Kinder", so Jürgen Weber, Mitglied des Vorstandes beim Flüchtlingsrat. Damit werden in BW ein weiteres Mail Abschiebungen durchgeführt, bei dem Punkte der eigenen Abschieberichtlinien scheinbar kaum Beachtung finden.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 03.06.2015 ■

Abschaffung von Einzelfallprüfungen

Mit scharfer Kritik reagiert DIE LINKE. Mülheim-Ruhr auf einen jetzt bekannt gewordenen Brief der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld an NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Darin fordert Mühlenfeld die Abschaffung von Einzelfallprüfungen vor Abschiebungen.

Nina Eumann, Mitglied im Kreisvorstand der Mülheimer LINKEN: „Einzelfallprüfungen dienen dazu, Ungerechtigkeiten und besondere Härten zu vermeiden, die durch rigorose Anwendung bürokratischer Vorgaben entstehen können. Wer begründete Einzelfallprüfungen ablehnt, missachtet Rechte und Würde von Menschen in Not. Dies von der sozialdemokratischen Repräsentantin unserer Stadt zu erleben, entsetzt uns."

In dem Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft fordert Mühlenfeld unter anderem, dass die Landesregierung einen Erlass vom 22.12.2014 zurücknimmt. In ihm hat das Land geregelt, dass vor Abschiebungen in einige Länder „bei besonders schutzbedürftigen Personen – den Familien und Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern, allein reisenden Frauen, alten Menschen über 65 Jahre, Kranken und Pflegebedürftigen" eine „sorgfältige Einzelfallprüfung" vorgenommen werden muss. Damit sollen „objektiv unzumutbare Härten" vermieden werden, heißt es in der Verordnung. Eine andere Verordnung, deren Abschaffung Mühlenfeld fordert, schreibt Einzelfallprüfungen bei bestimmten besonders stark verfolgten Minderheiten vor. Insbesondere für „alte Menschen über 65 Jahre, Kranke, Pflegebedürftige, alleinerziehende Mütter, Familien mit Kindern oder alleinreisende Frauen".

Quelle: Pressemitteilung des Kreisverbandes DIE LINKE. Mülheim-Ruhr vom 23. Mai 2015 – http://www.frnrw.de ■

EU-Flüchtlingspolitik: Freie Wahl statt starrer Quote

„Die von der Kommission vorgeschlagene bürokratische Quotenregelung der Flüchtlingsaufnahme geht nicht von den Bedürfnissen, familiären Bindungen und Sprachkenntnissen der Schutzsuchenden aus und steht damit einer schnellen Integration im aufnehmenden Land entgegen. Asylsuchende sollten nicht gegen ihren Willen in einem bürokratischen und menschenfeindlichen Verfahren von einem EU-Land ins andere geschoben werden. Das funktioniert ohnehin nicht, wie die derzeitige Praxis der Dublin-Überstellungen zeigt: Nur acht Prozent der von Deutschland angestrebten Überstellungen in andere EU-Länder werden derzeit real vollzogen", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, Ulla Jelpke, zur heute von der EU vorgestellten Quotenregelung. Die Abgeordnete weiter:

„Statt an den akuten Krankheitssymptomen von Dublin herumzudoktern, sollte die EU-Kommission das kranke System grundsätzlich ändern. DIE LINKE lehnt eine starre Quotenregelung ab und setzt sich dafür ein, dass Schutzsuchende ihr Zufluchtsland entsprechend bestehender familiärer Kontakte oder vorhandener Sprachkenntnisse von vornherein selbst bestimmen können („free choice"-Modell, vgl. Antrag Drs. 18/4838). Entstehende Ungleichverteilungen innerhalb der EU sollten auf finanzieller Ebene ausgeglichen werden, Länder mit geringen Aufnahmezahlen müssen beim Aufbau eines attraktiven Asylsystems unterstützt werden. Familiäre Strukturen und die Möglichkeit, sich in der Landessprache zu verständigen, stellen zentrale Faktoren für eine zügige und nachhaltige Integration der Schutzbedürftigen dar. Diese Punkte dürfen bei einer Regelung der Verteilung der Schutzsuchenden innerhalb der EU nicht außen vor bleiben."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 27.05.2015 ■

PRO ASYL zur europäischen Quotendebatte

Vorschläge berücksichtigen nicht legitime Interessen der Flüchtlinge

Als zu kurz gedacht kritisiert PRO ASYL Geschäftsführer Günter Burkhardt den Vorschlag der EU-Kommission, 24 000 Flüchtlinge aus Italien und 16 000 aus Griechenland zunächst für 24 Monate gemäß einem Quotensystem zu verteilen. Eine starre Verteilung nach einer Quote berücksichtigt nicht die legitimen Interessen der Flüchtlinge. Flüchtlinge fliehen in der Regel dorthin, wo Angehörige und Communities leben. Deutschland ist eines der Hauptzielländer, da hier europaweit die höchste Zahl von Flüchtlingen aus Syrien, Irak, und Afghanistan lebt: Über 130 000 Syrer, rund 90 000 Iraker und rund 75 000 Afghanen leben z.T. seit Jahren in Deutschland. In anderen EU-Staaten leben weitaus weniger Menschen aus den genannten Staaten. „Kein Syrer, dessen Familie in Deutschland lebt, wird sich freiwillig in Staaten wie Ungarn, Polen oder Estland verteilen lassen. Menschen dürfen nicht wie Stückgut in Europa hin- und hergeschoben werden", forderte Günter Burkhardt. Als Folge einer starren Verteilung würden Flüchtlinge mit Hilfe von Schleppern weiterhin kreuz und quer durch Europa reisen. Dies wäre keine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Dublin-System, dessen Scheitern immer deutlicher wird.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union reagieren unangemessen auf die dramatische Situation in Staaten wie Griechenland oder auch Italien. In Griechenland kommen in diesen Tagen Tausende Flüchtlinge auf den Ägäis-Inseln an. Noch nicht einmal eine Erstversorgung in Form von Unterbringung, Kleidung und Nahrung ist gewährleistet. Die Europäische Kommission und die EU-Staaten führen eine absurde realitätsferne Debatte und streiten sich über den Quotenvorschlag. Minimale menschenrechtskonforme Aufnahmestrukturen existieren in vielen EU-Staaten nicht. Das Gebot der Stunde wäre es, im Süden Europas ankommende Flüchtlinge sofort und konkret zu unterstützen. PRO ASYL fordert Deutschland wie auch andere EU-Staaten auf, Flüchtlingen aus den Randstaaten der EU die Weiterreise zu gestatten, insbesondere dann, wenn Verwandte in anderen EU-Staaten leben. PRO ASYL setzt sich gemeinsam mit dem Deutschen Anwaltsverein, der Diakonie Deutschland, AWO, dem Paritätischen, der Neuen Richtervereinigung und anderen Organisationen dafür ein, dass die berechtigten Belange der Flüchtlinge berücksichtigt werden und Flüchtlinge in dem Land den Asylantrag stellen, das sie erreichen möchten.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 27.05.2015

Kampagne gegen Asylrechtsverschärfung geht weiter!

Die Entscheidung im Bundestag zur Asylrechtsverschärfung ist auf ein unbekanntes Datum verschoben worden. Gerüchten zufolge gab es kritische Stimmen innerhalb der SPD. Ob dies etwas mit dem Protest gegen die geplante Verschärfung zu tun hat, kann vermutet werden. Mensch kann aber auch davon ausgehen, dass dieses Gesetz noch vor der Sommerpause durchgedrückt werden soll. Wir haben also noch bis Ende Juni Zeit, die massiven Einschnitte im Asylrecht zu verhindern.

Das Gesetz beinhaltet:

+ massive Ausweitung von Abschiebehaft // das bedeutet 18 Monate Knast bei Einreise über ein anderes EU-Land, oder wenn Identitätspapiere fehlen, wenn Geld für Fluchthelfer*innen bezahlt wurde, oder wenn eine Abschiebung verhindert werden kann
+ 5-jährige Einreise- und Aufenthaltssperren bei einem abgelehnten Asylantrag // diese gelten im gesamten EU-Raum, währenddessen ist mensch nicht mehr berechtigt, einen Aufenthaltstitel zu bekommen, es hebelt Bleiberecht aus
+ Ausweisungsinteresse auch bei Menschen mit Aufenthaltstitel // bei Straffälligkeit oder bei Verletzung der „Grundordnung“ (Bsp.: politische Betätigung)

Dieses Gesetz ist der härteste Einschnitt im Asylgesetz seit den 90ern. SPD und CDU versuchen derweil, es allen schmackhaft zu machen, da ja ein sogenanntes Bleiberecht für langjährig Geduldete geschaffen wurde. Dieses Recht existiert nicht – es wird durch die anderen Paragrafen ins Leere laufen. Dieses Gesetz ist ein rassistisches Inhaftierungsprogramm!

Aktionstage – everywhere

Mit der ersten Aktionswoche im April wurde eine gute Grundlage des Widerstandes geschaffen. Viele Städte und Initiativen haben sich daran beteiligt. Es gab Besetzungen, Demos, Schulstreiks, Glasbruch, Infoveranstaltungen, Mahnwachen und Konzerte. Wir wollen weiterhin einen starken und breit aufgestellten Protest mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen schaffen. Daher rufen wir zu bundesweiten Aktionstagen auf! Informiert die Öffentlichkeit über das Gesetz, benennt die Verantwortlichen, seid laut und widerständig. Lasst uns alles dafür tun, damit am Tag der Bundestagsentscheidung, dem Tag X, das Gesetz gekippt wird!

Tag X – Tag der Bundestagsentscheidung

Seit den 1970er Jahren gehen in Deutschland Verschärfungen des Asylrechts mit „Engpässen” der Aufnahmekapazität deutscher Flüchtlingsaufnahmestellen einher. Seit 1986 beispielsweise galt für Geflüchtete ein 5-jähriges Arbeitsverbot. 1993 ist den meisten ein Begriff, denn in dem Jahr wurde in Form des „Asylkompromisses“ das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Mit Verträgen auf EU-Ebene wurde die Grundlage für das gesamteuropäische Grenz- und Migrationsregime geschaffen, das sich insbesondere durch eine massive Abschottung nach außen und eine Ausweitung der Repressionen nach innen profiliert. Ein paar Jahre später wurde auf dieser Grundlage das „Dublin-Verfahren“ eingeführt. Das heißt: Wenn du es schaffst nach Deutschland zu gelangen, ohne einen Fuß in ein anderes EU-Land gesetzt zu haben, hast du wenigstens die Berechtigung ein unfaires Asylverfahren zu bekommen. Fliehst du über ein anderes Land, fühlt sich Deutschland nicht mehr zuständig und schiebt dich dahin zurück. Wie kommt mensch in die BRD, ohne vorher ein anderes EU-Land zu betreten? Die meisten geflüchteten Menschen sind somit sogenannte Dublin-Fälle, oder sie werden direkt mittels Schnellverfahren in ein sogenanntes „sicheres Herkunftsland” abgeschoben. Ihnen allen droht ständig die Abschiebung. Zermürbung. Das geplante Gesetz wird sie am härtesten treffen. Die Kriterien für Abschiebehaft treffen auf alle Geflüchteten zu! Ebenso sollen die Befugnisse der Behörden ausgeweitet werden. Diese sollen die Erlaubnis bekommen, digitale Speichermedien (z.B. Handy, USB-Stick) zu beschlagnahmen. Alles andere soll dann die Grenzschutzpolizei und die internationale Datenbank (z.B. EURODAC) erledigen. Die meisten geflüchteten Menschen werden von der BRD nur noch Abschiebeknäste sehen. Ein faires Asylverfahren ist verunmöglicht. Eigentlich undenkbar? Jedoch wird der Berliner Bundestag im Juni 2015 (vermutlich 12.06. oder 19.06.) genau darüber abstimmen.

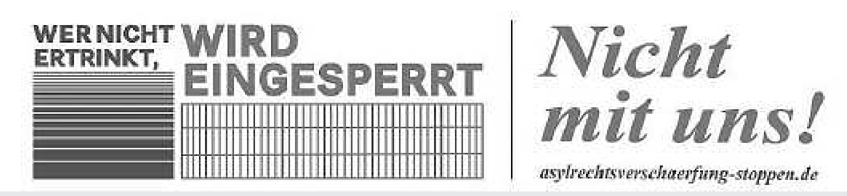
1993? Nein – 2015!

Aus diesem Grund wenden wir uns mit allen Mitteln gegen diesen Gesetzesentwurf. Er steht in der Tradition von 1993 und der rassistischen Gesetzgebung, aber ist ebenso Teil der kapitalistischen Verwertungslogik, indem Mensch als „Menschenkapital” in verwertbar und unnütz unterteilt werden, als auch dadurch, dass die Flucht und das Ankommen der betroffenen Menschen vor den Folgen agressivster, neoliberaler Außen- und Wirtschaftspolitik im Ansatz schon verhindert werden soll.

Bei aller Betroffenheitslyrik einiger Politiker*innen nach den vergangenen Katastrophen im Mittelmeer müssen wir den Tatsachen ins Auge sehen: Wir haben von der offiziellen Politik nichts zu erwarten. Sie sind Schreibtischtäter*innen und nicht nur Funktionär*innen, die gerade nicht unseren Ansprüchen genügen.

Mit dem Gesetz spielen sie Pegida und anderen Rassist*innen in die Hände und setzten deren Forderungen sogar als Gesetz um.

Auch mit der Quotenregelung der EU ist nichts erreicht. Es geht nicht darum mehr Menschen in die Verantwortung zu ziehen, denn zeitgleich wird ein Krieg gegen Geflüchtete begonnen, indem nun „Schlepper-Boote” offiziell zerbombt werden dürfen. Schiffe versenken im eu-



Tag X Demonstration: Asylrechtsverschärfung stoppen!

Der ursprüngliche Zeitplan zum „Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ hat sich verschoben. Die 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs ist deshalb erst für Juni 2015 wahrscheinlich. Die letzte Bundesratssitzung vor der Sommerpause ist am 10.7.2015, diesen Termin wird die Regierungskoalition auf keinen Fall verpassen wollen. In Berlin wird an einer Tag X Demo diskutiert, der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat eine erneute Initiative gestartet, um alle Abgeordneten anzuschreiben:

http://www.nds-fluerat.org/16034/aktuelles/aktion-gegen-aufenthaltsbeendigungsgesetz

Tote Bootsflüchtlinge bleiben meist unbekannt

Tausende Flüchtlinge ließen in den vergangenen Jahren ihr Leben, als sie versuchten, über das Mittelmeer Europa zu erreichen. Niemand wusste bisher, woher sie kamen, wie alt sie waren und woran genau sie starben. Jetzt haben Wissenschaftler die Region bereist und Daten zusammengetragen:

62 Prozent der im Mittelmeer gestorbenen Flüchtlinge sind ertrunken, 2,1 Prozent verdurstet, 4,5 Prozent an Unterkühlung gestorben, heißt es auf einer Liste der Amsterdamer Migrationsforscherin Tamara Last. Es ist die erste offizielle Übersicht über die Toten, die an den Stränden des Mittelmeers angespült werden.

Allein bei der verheerenden Bootskatastrophe am 19. April vor der libyschen Küste starben vermutlich bis zu 800 Menschen. Italien will den gesunkenen Kutter nun bergen. „Dort unten sind 500 bis 600 Leichen", sagte Premierminister Matteo Renzi am Dienstagabend in einer Talkshow: „Die ganze Welt soll sehen, was geschehen ist." Doch die italienische Aktion ist eine Ausnahme: Die meisten der Toten tauchen nie auf und werden nicht identifiziert.

Die Juristin und Migrationsforscherin Tamara Last wollte das ändern. Im vergangenen Jahr koordinierte sie ein Team von zwölf Wissenschaftlern, die die Mittelmeer-Küste entlang gereist sind und sich durch die lokalen Sterberegister gearbeitet haben. In der vergangenen Woche haben sie ihre Ergebnisse vorgestellt und eine Datenbank im Internet freigeschaltet. 563 Standesämter haben sie dafür besucht – von Gibraltar und Südspanien ganz im Westen über die italienische Südküste bis hin nach Griechenland im Osten.

Wenn ein Toter gefunden werde, eröffne die Polizei in den Ländern standardmäßig ein Ermittlungsverfahren, erklärt Last. Die Behörden ermitteln Identität und Todesursache und stellen eine Sterbeurkunde aus. So landen Flüchtlinge, deren Leichnam an den Stränden der kleinen Küstendörfer angespült werden, in den lokalen Sterberegistern. „Wir haben gesucht nach ausländischen Namen, ungewöhnlichen Todesursachen, anderen Nationalitäten, besonderen Auffälligkeiten, die nicht zu den anderen Toten im Register passen", erklärt Last. Fast 2,5 Millionen Sterbeurkunden haben die Forscher dafür von Hand einzeln durchgesehen.

Insgesamt 3188 Personen haben sie schließlich gefunden, die zwischen 1990 und 2013 starben. Angesichts der Schätzungen über 800 Tote, die bei einem einzigen Bootsunglück Mitte April gestorben sein sollen, scheint diese Zahl niedrig. „Die meisten Toten werden aber gar nie gefunden oder identifiziert", sagt die Wissenschaftlerin von der Uni Amsterdam. 3188 ist deshalb die einzige offizielle Zahl der Grenztoten bisher.

Durch die Forschung in den Sterberegistern haben die Wissenschaftler noch viel mehr erfahren: 71 Prozent der identifizierten Flüchtlinge waren männlich. Die meisten, etwa ein Viertel, kamen aus dem südlichen Afrika. Gut ein Drittel war zwischen 20 und 30 Jahre alt. Zwei Prozent waren jünger als zehn.

Manche der angespülten Leichen werden auf einem Friedhof in der Nähe begraben. In seltenen Fällen werden sie an Angehörige in ihrem Heimatland überführt. „Manche Gemeinden sind sehr engagiert, um die Toten zu identifizieren und die Angehörigen zu finden." Für die Familien seien diese Bemühungen wichtig, erklärt Tamara Last. „Es gibt ihnen nicht nur Gewissheit und hilft beim Verarbeiten – eine offizielle Bestätigung des Todes ist auch aus juristischer Sicht entscheidend zum Beispiel für Erbfragen."

Tatsächlich wurde von den gefundenen Leichen aber weniger als die Hälfte identifiziert. Die Identifizierung sei schwierig, oft seien die lokalen Behörden sich selbst überlassen, kritisieren die Wissenschaftler. „Die Datenbank zeugt von der jahrzehntelangen Gleichgültigkeit europäischer Staaten", sagt Thomas Spijkerboer, der das Forschungsprojekt in Amsterdam leitet. „Diese Informationen waren schon immer da, aber die Regierungen haben sich nicht die Mühe gegeben, sie zu sammeln."

Spijkerboer fordert deshalb die Gründung einer Europäischen Beobachtungsstelle für den Tod von Migranten. Diese Einrichtung könnte die Europäische Union bei Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik unterstützen, sagt er. Und sie könnte effektivere Verfahren entwickeln und dabei helfen, dass mehr Menschen identifiziert werden – und dass die Flüchtlingen nach ihrem Tod im Mittelmeer ein bisschen Würde erhalten. (epd/mig)

http://www.migazin.de/ 2015/05/26 ■

ropäischen Burggraben, um den Wohlstand der Privilegierten zu sichern. Es handelt sich also um eine Militarisierung des ganzen Mittelmeerraums, während im Inneren Knäste für diejenigen bereitstehen, die es doch noch hierher geschafft haben. Vor einigen Wochen wurde der Abschiebeknast in Büren wieder eröffnet – dies ist nur der erste Vorbote von diesem Gesetzesentwurf…

Tag X ist der Tag der Bundestagsentscheidung! Wir rufen euch alle dazu auf, bis dahin den politischen Preis für SPD, CDU/CSU mittels vielfältiger Aktionstage in die Höhe zu treiben! Wir rufen euch alle dazu auf, am Tag X alles dafür zu tun, dass diese Abstimmung nicht zustande kommt! Auch hier gilt FACE THE PLAYERS-Nennt die Täter*innen bei ihrem Namen! Achtet auf weitere Ankündigungen zu den Aktionstagen und beginnt mit der Mobilisierung in euren Städten!

Weitere Infos, Termine u. m. hier: http://www.asylrechtsverschaerfung-stoppen.de/

http://stopasyllaw.blogsport.eu/

Spendenkonto:

Die Organisation von erfolgreichen Aktionen kostet Geld. Ihr könnt uns unterstützen, indem ihr etwas spendet.

Empfänger: JugendWohnProjekt MittenDrin e.V.

IBAN: DE81160502021730010195,

BIC: WELADED1OPR

Bank: Sparkasse Ostprignitz-Ruppin,

Verwendungszweck: Asylrechtsverschärfung stoppen

Aufruf unterzeichnen

Ihr wollt den Aufruf gegen die Verschärfung des Asylrechts mit unterzeichnen, dann schreibt uns einfach eine Mail an kontakt@asylrechtsverschaerfung-stoppen.de

Quelle: http://www.asylrechtsverschaerfung-stoppen.de



Schülerprotest gegen Dublinabschiebung

SALZHEMMENDORF. In der ersten großen Pause der KGS Salzhemmendorf (der Ort liegt zwischen Hamlen und Hildesheim) versammelten sich circa 100 Schülerinnen und Schüler im Eingangsbereich um sich mit der Familie Kraja aus Syrien solidarisch zu zeigen.

Marwan (17), der älteste Sohn der Familie, besucht die 9. Klasse. Von seinen vier Geschwistern besuchen zwei die Schulen in Salzhemmendorf, eines geht in den Kindergarten und sein jüngster Bruder ist mit seinen 1,5 Jahren noch zu Hause. Zusammen mit den Eltern sind aus Syrien geflohen, wobei sie in Slowenien das erste Mal in der EU erfasst wurden. Von dort aus führte sie ihre Reise nach Schweden. Es folgte eine Abschiebung nach Slowenien. Von dort aus machten sie sich auf die Reise nach Deutschland um Schutz und eine neue Heimat zu ersuchen.

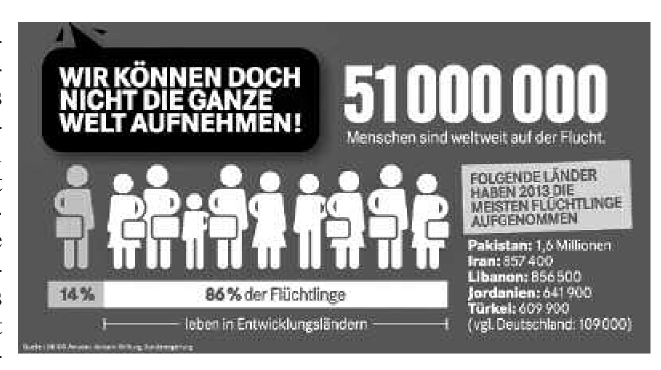
Nach sechs Monaten in Salzhemmendorf hat Marwan viele Freunde gefunden. Diese wollen verhindern, dass Marwans Familie erneut nach Slowenien abgeschoben wird, weswegen sie die Kampagne „Save Kraja" ins Leben riefen. In den sozialen Netzwerken existieren bereits Seiten und Gruppen mit bis zu 400 Mitgliedern, welche die Kampagne unterstützen. In diesen Gruppen werden Informationen über Dublin III, Asylrecht und demokratische Mitbestimmung ausgetauscht.

Weil den Schülerinnen und Schülern das Schicksal der Familie Nahe geht, haben sie am 20.05 ihre Pausen dazu genutzt mit Schildern und Transparenten auf die Situation von Marwan und seinen Geschwistern aufmerksam zu machen. Niemand von ihnen will kampflos hinnehmen, dass ihnen ihr liebgewonnener Freund genommen wird. Sie planen weitere Aktionen, wie etwa eine Demonstration. „Ein solches Engagement von Schülerinnen und Schülern ist unglaublich in Anbetracht der Komplexität des Asylsystems. Sie setzten das um, was wir von ihnen erwarten: Eigenständiges Lernen, demokratisches Verständnis, Solidarität sowie die Beschäftigung mit Menschenrechten und Politik. Dass sie dies im Hinblick auf die Familie Kraja tun, zeugt von einer hohen Integration der Familie, vor allem durch die Freundschaften der Kinder" zeigt sich eine Passantin begeistert.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 26.05.2015 ■

Familiennachzug zügig gewährleisten

„Infolge vieler Proteste scheint die Bundesregierung das Problem der langen Wartezeiten beim Familiennachzug zu anerkannten syrischen Flüchtlingen endlich ernsthaft anzugehen. Umso unverständlicher ist es, dass eine Visa-Terminbeantragung per E-Mail nur im Libanon, nicht aber in der Türkei ermöglicht wird, wo die Wartezeiten nachweislich besonders lang sind", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zu Antworten der Bundesregierung auf zwei schriftliche Fragen (BT-Drs. 18/4993). Jelpke weiter:



„Es ist gut, dass die Proteste nun endlich Wirkung zeigen und sich das Auswärtige Amt bemüht, die unerträglich langen Wartezeiten beim Familiennachzug zu in Deutschland anerkannten syrischen Flüchtlingen zu verkürzen. Das hat viel zu lange gedauert. Die Betroffenen haben einen Rechtsanspruch auf Einreise und leben bis zu dessen Durchsetzung zumeist unter gefährlichen und prekären Bedingungen. Wartezeiten von bis zu einem Jahr allein für die Vorsprache zur Beantragung eines Visums sind deshalb inakzeptabel.

In der Türkei beträgt die Wartezeit zur Vorsprache im Visaverfahren beim Nachzug zu syrischen Flüchtlingen nach Auskunft der Regierung rund 8-9 Monate (BT-Drs. 18/4765). Dennoch ist dort die Möglichkeit einer Visabeantragung per E-Mail nicht vorgesehen, obwohl dies die technische und bürokratische Bearbeitung der Anträge deutlich beschleunigen könnte. Zudem bliebe den Antragstellern der kostenpflichtige Umweg über private Dienstleister zur Terminvermittlung erspart. Hier muss der Außenminister dringend nachsteuern.

Aber auch die Bundesländer sollten das ihrige zur Beschleunigung des Familiennachzuges syrischer Flüchtlinge beitragen, denn sie müssen der Visumerteilung in jedem Einzelfall zustimmen. Das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium haben die Länder in einem Schreiben vom 4. Mai 2015 deshalb dazu aufgefordert, schnelle und großzügige Regelungen zu treffen. Dies muss zügig in die Tat umgesetzt werden, denn es geht um das grundrechtlich geschützte Familienzusammenleben von verfolgten und häufig schwer traumatisierten Menschen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 03.06.2015 ■

Zivile Handelsschiffe retten zehn Mal mehr Flüchtlinge als FRONTEX

„Seit Beginn der FRONTEX-Mission „Triton" im November 2014 bis Ende April 2015 waren zivile Handelsschiffe in internationalen Gewässern vor der libyschen Küste an der Rettung von insgesamt 18 963 Menschen in Seenot beteiligt. Schiffe der FRONTEX-Operation „Triton" waren hingegen nur bei der Rettung von 1710 Menschen zugegen. Bei allen Rettungsaktionen vor der libyschen Küste waren Handelsschiffe beteiligt, in einem Drittel der Fälle (34%) retteten sie alleine, in 57% der Fälle gemeinsam mit nationalen Booten der Küstenwache oder Marine und nur in 9% der Fälle mit Unterstützung von FRONTEX-Schiffen", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE „Zivile Handelsschiffe und die Seenotrettung" (BT-Drs. 18/4780). Jelpke weiter:

„Die Zahlen belegen eindrücklich, wie dringend und überfällig die Mandatserweiterung von FRONTEX zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer bis hin an die libyschen Küstengewässer ist. Die Entscheidung, die Rettungsoperation „mare nostrum" einzustellen, war unverantwortlich und hat schon viel zu viele Menschenleben gekostet. Hierfür tragen die EU und insbesondere auch Deutschland die Verantwortung. Genauso unverantwortlich ist es nun, die Seenotrettung vor allem den zivilen Handelsschiffen zu überlassen. Diese sind für die Rettung von oft Hunderten von Menschen nicht ausgestattet, ökonomische Zwänge üben zudem einen indirekten Druck auf die Reedereien aus, im Zweifelsfall einer Seenotrettung aus dem Wege zu gehen. Erforderlich ist deshalb die unverzügliche Bereitstellung einer effektiven Seenotrettung in EU-Verantwortung. Dies kann so aber nicht unter dem derzeitigen FRONTEX-Mandat laufen, welches als zentrales Ziel gerade nicht die Rettung von Menschenleben, sondern nur die möglichst effektive Grenzsicherung hat.

Schutzsuchende sind angesichts der Abschottungspolitik der EU weiterhin gezwungen, sich auf gefährliche Fluchtwege und in die Hände von Schleusern zu begeben. Asylsuchende müssen die Möglichkeit der legalen und sicheren Einreise in die EU erhalten, nur so kann auch den Schleusern die Geschäftsgrundlage entzogen werden."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 29.05.2015 ■

Rechte Politik in Europa

Tagungsdokumentation der IG Metall

Aus der dreitägigen Tagung der IG Metall zum Thema ‚Rechte Politik in Europa' im August des Jahres 2014 ist nun eine umfangreiche, informative Tagungsdokumentation entstanden. Anlass der Tagung waren die besorgniserregenden Ergebnisse der Europa-Wahl, die in zahlreichen Ländern Mittel- und Nordeuropas, wie u.a. Frankreich, einen politischen Rechtsruck zu Tage förderten. Dem Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IG Metall war es daher ein Anliegen, sich genauer mit den ins EU-Parlament eingezogenen Parteien zu beschäftigen.

Die Broschüre zeichnet ein heterogenes Bild der europäischen Rechten: Die Palette reicht von konservativ motivierten, über europaskeptische bis hin zu rechtpopulistischen und rechtsextremen Parteien. Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland analysieren in der Broschüre die Ursachen und Bedingungen der politischen Entwicklung in Länderbeiträgen zu Deutschland, Polen, Österreich und Griechenland.

Im Lichte des Aufkommens der AfD und der Pegida-Bewegung leistet der jetzt erschienene Tagungsband einen Beitrag zur Vertiefung der inhaltlichen Diskussion für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, aber auch für die breite Auseinandersetzung in Betrieb und Gesellschaft. Auf diese Weise könnten die Gewerkschaften eine aktive Gegenmacht zur europäischen Rechten darstellen, erklärt Ulrike Obermayr, Leiterin der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beim IG Metall Vorstand.



Aus dem Newsletter des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!"

http://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/good_practise/2014-08_Rechte_Politik_in_Europa_web_Einzelseiten.pdf

„Berliner Zustände" im Jahr 2014 erschienen

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Die „Berliner Zustände" werden jedes Jahr von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) herausgegeben.

In der Rückschau auf Berlin im Jahr 2014 werden die Bereiche Geflüchtete, Rassismus, Antisemitismus und Neonazis behandelt. In 13 Artikeln präsentieren 12 Projekte und Journalist_innen auf 104 Seiten ihre Themen.

Berliner Projekte, Initiativen und Einzelpersonen analysieren jährlich in den „Berliner Zuständen" die aus ihrer Sicht wesentlichen Entwicklungen in Berlin und geben einen Einblick in ihre tägliche Arbeit. Der Schwerpunkt „Geflüchtete in Berlin" beschreibt, welchen Schwierigkeiten Flüchtlinge im Alltag ausgesetzt sind. In Berlin angekommen bedeutet für sie nicht, in Sicherheit zu leben. Einige Projekte, die Geflüchtete medizinisch, sozial oder zum Thema Bildung unterstützen, beschreiben, mit welchen Problemen sie zu kämpfen haben.

Die „Berliner Zustände 2014" sind als Printausgabe bei den herausgebenden Projekten erhältlich. Als PDF-Datei stehen sie unter



www.mbr-berlin.de und www.apabiz.de zur Verfügung.

Im Namen der Menschlichkeit.

Rettet die Flüchtlinge!

Menschen fliehen, weil in ihrer Heimat die Hölle los ist. Und Europa schützt seine Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge. Das Mittelmeer ist ein Friedhof geworden. Heribert Prantl hat ein leidenschaftliches Plädoyer geschrieben – gegen die Abschottung Europas und für ein radikales Umdenken in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Menschen fliehen, weil in ihrer Heimat die Hölle los ist. Und Europa schützt seine Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge. Das Mittelmeer ist ein Friedhof geworden. Heribert Prantl hat ein leidenschaftliches Plädoyer geschrieben – gegen die Abschottung Europas und für ein radikales Umdenken in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Krieg, Terror, Diktatur, Korruption, Armut und Hunger – seit Jahrzehnten sind Menschen auf der Flucht. Sie wollen nach Europa, in der Hoffnung, dort ein besseres Leben zu führen. Europa aber hält sich die Flüchtlinge vom Hals. …

Um andere abzuschrecken, nimmt die EU den Tod der Flüchtlinge billigend in Kauf. Heribert Prantl, Leiter der Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, klagt an. …Europa hat die Verpflichtung, Migration als zivilisatorische Notwendigkeit zu begreifen und danach zu handeln. (bk)

Quelle: http://www.migazin.de 05.06.2015 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Noch einmal AfD

Junge Freiheit Nr. 23/15 vom 29. Mai 2015

Die Ausgabe Nr. 24 enthält kein Wort über die AfD. In der Ausgabe 23 versucht das Blatt noch einmal, Bernd Lucke zu stützen. Es veröffentlich ein Interview mit Hans Wall, ehemaliger Inhaber und Geschäftsführer der Wall AG, heute ein Teil der JCDecaux-Gruppe. Wall war FDP-Mitglied und ist inzwischen AfD-Mitglied und tritt für die Abschaffung des Euro und für eine Stärkung der Rolle der Bundesrepublik in der EU ein: „Von mehr Deutschland in der EU würden alle Mitgliedstaaten profitieren. Wenn, dann müsste das Motto zur Genesung der EU nach meiner Ansicht lauten: Mehr Deutschland für Europa." Nun soll nicht gleich die ganze Welt am deutschen Wesen genesen, aber doch wenigstens Europa? Deshalb will Wall „ein Europa der Vaterländer" – eine Definition Europas, die an die altbekannten extrem rechten Thesen der Republikaner und des Front National anknüpft. Dabei ist sich Wall angesichts der Auseinandersetzungen in der AfD sicher, dass Lucke es schon richten wird: „Selbst wenn Bernd Lucke nichts anderes übrigbliebe, als eine neue Partei zu gründen, würde ich hinter ihm stehen. Denn für mich gilt: Die politische Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bürger zu wahren ist das Wichtigste für jede Wahl! Aber noch einmal: Bernd Lucke wird nicht scheitern, sondern er wird 2017 Herrn Schäuble, falls der da überhaupt noch in seinem Amt sein sollte, ablösen!" Das wird sich zeigen. Zunächst hat die AfD ihren Parteitag verschoben wegen Unregelmäßigkeiten bei den Delegiertenwahlen auch in Nordrhein-Westfalen. Angeblich guckt sich die AfD nach neuen Vorsitzenden um – darunter der stellvertretende Vorsitzende von Baden-Württemberg, Jörg Meuthen. Meuthen hatte jüngst den Europa-Abgeordneten der AfD Hans-Olaf Henkel in einem veröffentlichten Brief aufgefordert, aus der AfD auszutreten. Ob ein solches Vorgehen den Streit in der AfD beenden kann, ist mehr als fraglich.

Pegida am Ende

Junge Freiheit Nr. 24/15 vom 5. Juni 2015

Der Pegida-Spaziergang im Juni wird der vorerst letzte Versuch sein, die immer kleiner werdenden Demonstrationen gegen Migranten und Flüchtlinge in Dresden durchzuführen. Das Blatt meint, „die Protestbewegung hat etwas bewirkt, ist aber an ihre Grenzen gestoßen." Und was hat sie zur Freude des Blattes bewirkt? „Dass sich die Diskursgewichte verschoben haben, dass Asylmissbrauch und Islamisierung zumindest von einigen wieder als Problem erkannt worden sind, dass sich in manchen Redaktionen und Parteizentralen herumgesprochen hat, nicht jeder, der davon sprechen will, könne gleich in den ‚Nazi'-Topf gesteckt werden, dass ein SPD-Vorsitzender das ‚demokratische Recht' anerkennt, ‚rechts zu sein oder deutschnational' – das ist auch eine Leistung des Durchhaltewillens von Pegida-Demonstranten. Die Wutausbrüche von Gralshütern der reinen Lehre, die sich echauffieren, dank Pegida sei es ‚wieder salonfähig, etwas gegen Ausländer zu haben', sind dafür der beste Beweis." Vermutlich sind es die Salons der Pegida-Anhänger, in denen aufgebrachte Wutbürger wieder gegen Migrantinnen und Migranten hetzen dürfen.

Für Grenzkontrollen

Junge Freiheit Nr. 24/15 vom 5. Juni 2015

Mit dem G7-Gipfel haben die EU-Staaten vorübergehend Grenzkontrollen an den Außengrenzen der Bundesrepublik erlaubt: „Das Schengen-Abkommen erlaubt dies den Unterzeichnerstaaten bei einer konkreten Gefährdung ihrer inneren Sicherheit. Sie liegt zweifelsohne vor, wenn sich die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen treffen – und gewaltbereite Gruppen aus dem In- und Ausland Proteste angekündigt haben." Das Blatt findet, diese Grenzkontrollen sollten auch weiterhin stattfinden, denn: „Grenzschutz ist ein Bürgerrecht."

uld ■